

10/11

DIE ALTERNATIVE



Initiative für kosten- lose Notschlafplätze

ÖGB UND GEWERKSCHAFTEN: GEMEINSAM? •
MUCH BRANDAKTUELL: ABSCHIEBEN MIT HERZ

Herausgegeben von



Oktober/November 2010

Einzelheft: 1,50 Euro, Abonnement: 15 Euro

P.b.b., Verlagspostamt 1040

02Z031242 M, Kd.-Nr: 0021012558



Arbeiten wie noch nie Unterwegs zur kollektiven Handlungsfähigkeit

Sabine Gruber, Frigga Haug,
Stephan Krull (Hg.) 2010,
Argument-Verlag, Hamburg.

Die Organisation der Arbeit ist aus den Fugen. Wir müssen weg von der Spaltung in entfremdete Industriearbeit, nicht anerkannte unbezahlte „weibliche“ Reproduktionsarbeit und erzwungene Erwerbslosigkeit. Dieser Reader soll als Diskussions- und Entscheidungsgrundlage für die Richtungsfindung beim dringend notwendigen Umbau dienen.

Die Arbeit und die Arbeitsgesellschaft sind gründlich aus den Fugen. Weil es so nicht weitergehen kann, müssen wir sie umarbeiten. Massenentlassungen, ausgelöst durch die aktuelle Wirtschaftskrise: Die Ausgrenzung von Millionen von Menschen innerhalb Europas ist das Symptom eines falschen Wirtschaftssystems. Maßnahmen wie Arbeitszeitverkürzung genügen allein nicht, auch das Grundeinkommen mit all seinen Konsequenzen ist nur ein Teil-Modell, das die Grundzüge des Kapitalismus nicht hinterfragt.

Die Menschen leiden unter unbefriedigenden Arbeitssituationen (der entfremdeten Industriearbeit, der nicht anerkannten unbezahlten Reproduktionsarbeit der Frauen sowie der erzwungenen Erwerbslosigkeit). Es braucht also einen grundsätzlichen Umbau. Dafür gibt es kein Patentrezept, aber ein paar schlüssige Überlegungen, wie das Konzept des Versorgenden Wirtschaftens von Adelheid Biesecker, das Konzept der Tätigkeitsgesellschaft von André Gorz oder die Vier-in-einem-Perspektive von Frigga Haug.

Eine Lösung muss jedenfalls auf einen Gesellschaftsumbau hinauslaufen, der bei den Ursachen ansetzt.

„Machen wir uns stark“ am 18. September 2010 in Wien

Eine stattliche Menge (obwohl eigentlich noch viel mehr Menschen hätten da sein sollen) demonstrierte gegen Fremdenfeindlichkeit und für Menschlichkeit.



Anerkannt

Es ist soweit, wir sind als Fraktion „Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB“ der Landesorganisation Kärnten offiziell anerkannt und haben auch einen Vertreter im ÖGB-Landesvorstand.

Österreichischer
Gewerkschaftsbund

Landesorganisation Kärnten

ÖGB

Koll.
Hannes Jank
KIV-UG – Konsequente Interessenvertretung
Unabhängige Gewerkschafter

Rathausplatz 1
9500 Villach

Klagenfurt, 12. Oktober 2010

Betreff: Anerkennung der Fraktion „Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB“ nach § 13c. Absatz 2 Geschäftsordnung des ÖGB in der Landesorganisation Kärnten

Werter Kollege Jank!

Anlässlich der ÖGB-Landesvorstandssitzung am 8. Oktober 2010 wurde beschlossen, eurem Ansuchen auf Anerkennung als Fraktion „Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB“ nach § 13c. Absatz 2 Geschäftsordnung des ÖGB nachzukommen.

Aufgrund dieses Beschlusses ist ein Vertreter deiner Fraktion ab der nächsten Sitzung, die voraussichtlich im Dezember 2010 stattfinden wird, im ÖGB-Landesvorstand vertreten.

Wir ersuchen dich um Bekanntgabe von Vornamen, Namen, Adresse, Postleitzahl, Ort, Geburtsdatum, Sozialversicherungsnummer, Gewerkschaft, Betrieb.

Mit dem Ersuchen um positive Zusammenarbeit verbleiben wir

mit gewerkschaftlichen Grüßen!



Hermann Lipitsch
Landesvorsitzender

Österreichischer
Gewerkschaftsbund
Rathausplatz 44
A-9500 Villach

ÖGB
Landesorganisation
Kärnten



Dietmar Samnitz
Landessekretär

Rathausplatz 44
A-9500 Villach

Telefon +43(0)5870-332-334
Telefax +43(0)5870-330

Internet: www.oegb.at
e-mail: kstaemlich@oegb.at

BAU/AG, KSt.-Nr.: 95410-002 005
ATU 162 731 00, DVR-Nr.: 0049855

DIE ALTERNATIVE

IM OKTOBER/NOVEMBER

MAGAZIN

ÖVP-Wien: Schäbiger Vorschlag	Seite 4
Wien: Auch die Gewerkschaft hat die Wahl verloren . . .	Seite 5
Krötenwanderung: Lautes Gequake	Seite 6

GEWERKSCHAFT & BETRIEB

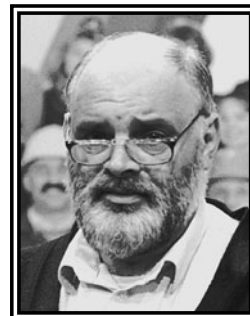
GdG-KMSfB: Doppelt gesehen	Seite 8
Wien: Frauen – Direktwahl gefordert.	Seite 11
ÖGB/Gewerkschaften: Gemeinsam?	Seite 12
Gemeindebedienstete: Graz hat gewählt.	Seite 16
Fonds Soziales Wien: Immer in Bewegung	Seite 17
A1 Telekom, Post: UG dritte Kraft	Seite 18
Überstunden in Österreich	Seite 20
Kinder-, Jugendbetreuung: Qualität hat ihren Preis . . .	Seite 21
Initiative für kostenlose Notschlafplätze	Seite 22

INTERNATIONAL

Britannien: Boom „Kreditkooperativen“	Seite 24
Frankreich: Widerstand aus allen Schichten	Seite 27
Stuttgart 21: Volksentscheid ist das Ziel	Seite 28

SPEZIAL Much

.	Seite 14
-----------	----------



EDITORIAL
von Alfred Bastecky

ALSO DOCH: ROT-GRÜN

Freitag, 22. Oktober 2010. Zu Mittag muss die Alternative fertig sein – und damit auch das Editorial. Angekündigt war aber auch die Entscheidung der Wiener SP, mit welcher Partei die Koalitionsverhandlungen aufgenommen werden.

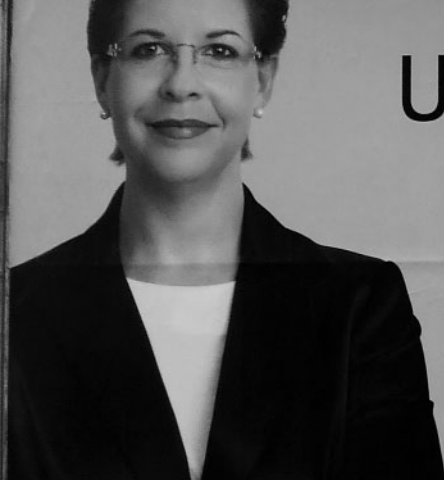
Ich lasse nochmals die Argumente der letzten Tage Revue passieren. Nachvollziehbar die Argumentation von Michael Häupl, mit der er die Koalition mit der FPÖ ausgeschlossen hat:

Auf der Basis welcher Gemeinsamkeiten sollte so eine Koalition funktionieren? Andererseits: welche Gemeinsamkeiten gäbe es mit dieser ÖVP in Wien. Z.B.: „Reden wir über Bildung. Am besten auf Deutsch“. Und Ähnliches.

„Rot-Grün – Alles andere ist Schwachsinn“, tönte es facebook auf und ab. Gefordert von Teilen der SP und der grünen Basis. Auch ich war für eine rot-grüne Koalition. Allerdings weniger euphorisch und optimistisch. Denn mit einem Scheitern wäre eine solche Zukunftsperspektive auf lange Zeit ausgeschlossen.

11 Uhr, Michael Häupl verkündet die Entscheidung der SP: Regierungsverhandlungen werden mit den Grünen aufgenommen. Seien wir uns bewusst: da kann noch sehr viel passieren. Und erst recht in einer langen Regierungsperiode...

IMPRESSUM Medieninhaber, Verleger: Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) Herausgeber: Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) Redaktion, Satz & Layout: Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Klaudia Paiha, Franz Wohlkönig (Layout) Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: (01) 505 19 52-22, E-Mail: auge@ug-oegb.at (Abonnements), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: BAWAG Kto. Nr. 00110228775 Dass namentlich gezeichnete Beiträge nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702.



Unser Kurs in der Bildung: der Deutschkurs.

Es geht auch anders.

Christine Marek, ÖVP-Spitzenkandidatin zur Wiener Gemeinderatswahl, forderte Gemeinschaftsarbeit für Langzeitarbeitslose. *Von Fritz Schiller.*

SCHÄBIGER VORSCHLAG

Christine Marek, Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium, Spitzenkandidatin der Wiener ÖVP zur Wiener Gemeinderatswahl und ehemalige Betriebsratsvorsitzende benötigte wohl ein Wahlkampfthema. Die ach so liberale frisch gekürte Frontfrau der Wiener Volkspartei forderte Mitte September Gemeinschaftsarbeit für Langzeitarbeitslose.

Im Einzelnen forderte sie, dass Mindestsicherungsbeziehern und Langzeitarbeitslosen nach sechs Monaten Jobsuche verpflichtend gemeinnützige Arbeit verrichten sollen. Sie könnten diese bei Gemeinden und deren Einrichtungen, in sozialen Organisationen, gemeinnützigen Vereinen oder Kirchen verrichten. Marek stellt sich dafür zum Beispiel die Caritas, das Hilfswerk und die Rettungsorganisationen vor. Die Langzeitarbeitslosen

sollten für ihre Tätigkeit einen kleinen Zuverdienst bekommen. ÖVP-Generalsekretär Kaltenegger präzisierte, dass die gemeinnützige Arbeit maximal dreißig Stunden pro Woche ausmachen solle und die Langzeitarbeitslosen eventuell (sic!) dafür ein Taschengeld bekommen könnten.

Begründet wurde der Vorschlag von Marek damit, dass dadurch eine rasche Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt ermöglicht sowie deren soziale Integration verstärkt werden solle. Als zusätzlichen positiven Effekt ihres Vorschlags sieht Marek den Rückbau des Missbrauchs, weil die Mindestsicherung die Gefahr der sozialen Hängematte berge.

Dieser Vorschlag löste eine Reihe negativer Reaktionen aus. Caritas, Volkshilfe Niederösterreich und Gewerkschaftsbund wiesen Mareks Vorschlag ebenso wie Sozialminister Hundstorfer und Finanz-Staatssekretär Schieder entschieden zurück.

Frau Mareks Vorschlag entspringt aus ihrem konservativ-(neo)liberalen Weltbild: Die ArbeitnehmerInnen und insbesondere die Arbeitslosen haben verfügbar zu sein. Wer sich im kapitalistischen Produktionsprozess nicht freiwillig nützlich macht wird verfügbar gemacht. Die liberale Vorstellung der

Selbstbestimmung des Menschen wird außer Kraft gesetzt, die (erzwungene) Arbeit ist die Schnur, über die alle Menschen hüpfen müssen.

Der Vorschlag erinnert an die Einrichtung der Arbeitshäuser im 17. und 18. Jahrhundert, in die Bettler, Waisenkinder und Behinderte gebracht wurden, um sie zunächst aus der öffentlichen Wahrnehmung zu bringen und sie schließlich als billige Arbeitskräfte einzusetzen.

In altbekannter Weise stigmatisiert Frau Marek die ArbeitnehmerInnen (die ja in Wirklichkeit ihre Arbeitskraft geben), um von den Ungerechtigkeiten, gar Schweinereien, des kapitalistischen Systems abzulenken. Diese Vorgehensweise ist vor allem deshalb sehr ärgerlich, weil Frau Marek vor ihrer politischen Karriere Betriebsratsvorsitzende bei Frequentis und Arbeiterkammerrätin in Wien war. Anscheinend hat sie die Demütigungen und Schwierigkeiten von Arbeitslosen bei der Suche nach neuen Jobs vergessen.

Frau Marek, immerhin Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium, negiert (vergisst?) offensichtlich die empirische Unmöglichkeit, dass alle Arbeitslosen eine Stelle bekommen können. Vergleicht mensch die Anzahl der offenen Stellen mit der der Arbeits-



FRITZ SCHILLER
IST ÖKONOM,
BETRIEBSRATS-
VORSITZENDER UND
AUGÉ/UG-VERTRETER IM
BUNDESVORSTAND DER
GEWERKSCHAFT DER
PRIVATANGESTELLTEN.

losen, stehen viel zu wenig offene Stellen (Bestand im Jahresdurchschnitt) arbeitslos gemeldeten Menschen gegenüber. Im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2009 standen der Anzahl der Arbeitslosen gerade ein Fünftel ihrer Zahl an offenen Stellen gegenüber.

Darüber hinaus sollen die zwangsverpflichteten Arbeitslosen gerade in jenen Bereichen eingesetzt werden, in denen die Bezahlung am unteren Ende der Arbeitsverhältnisse rangiert: im Sozialbereich, auch als Straßenkehrer in Parks (sie sollen Hundstrümmern wegräumen). Unmittelbar würde ein Lohndruck auf die schon bestehenden ArbeitnehmerInnen entstehen, da sie potentiell durch die zwangsverpflichteten Arbeitslosen ersetzt werden könnten. Die Folge wäre ein Bereich, den die qualifizierten und engagierten ArbeitnehmerInnen über kurz oder lang meiden würden.

Zudem unterstellt Frau Marek (wider besseres Wissen?), dass die zwangsverpflichteten Arbeitslosen in der Lage sind, ihren zwangsverpflichteten Job auszuüben. Den betroffenen PatientInnen gegenüber ist es eine Zumutung, von nicht qualifizierten und nicht motivierten Personen betreut zu werden. Caritasdirektor Michael Landau meinte dazu, dass die Caritas großen Personalbedarf habe, jedoch brauche es dafür geeignete und qualifizierte Personen.

Es braucht für die Langzeitarbeitslosen spezielle Programme, um diese Menschen sukzessive wieder an den Arbeitsprozess zu gewöhnen. In der Regel haben sie massive gesundheitliche Probleme. Darauf ist Rücksicht zu nehmen.

Michael Völker schreibt dazu im Standard: „Auf der einen Seite verteidigt die ÖVP inbrünstig die Reichen, denen nicht einmal das Ausfüllen einer Vermögenserklärung zuzumuten wäre, auf der anderen Seite werden die Armen drangsaliert, die zum Bezug der Mindesthilfe ohnedies schon ihre gesamtes Vermögen verwerten mussten. Diese Menschen werden durch die Androhung von Zwangsarbeit und Putzdiensten noch einmal gedemütigt – alles für den Wahlkampf. Das ist einfach schäbig.“

Dem ist nichts hinzufügen.

Kommentar der Anderen. Von Ronald Barazon.

Auch die Gewerkschaft hat die Wiener Wahl verloren

Der massenweise Wechsel sozialistischer Stammwähler zur FPÖ war das markanteste Phänomen der Wiener Wahl.

Es ist kaum anzunehmen, dass die roten Arbeitnehmer dieses Signal gesetzt haben, weil sie von der Fremdenhatz der blauen Krawall-Truppe begeistert waren. Plausibel ist eher, dass hier eine tief gehende Enttäuschung über die SPÖ zum Ausdruck gebracht wurde.

Arbeitnehmer des Jahres 2010 sind mit anderen Problemen konfrontiert als Arbeitnehmer etwa der siebziger Jahre: Die Vollbeschäftigung ist nicht gesichert. Arbeitsplätze müssen öfter gewechselt werden. Viele haben nur Teilzeitbeschäftigungen und sind gezwungen, an zwei oder mehr Stellen zu arbeiten, um ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Diese Gruppe wird immer größer und genießt keinen ausreichenden Schutz.

Genau dieser Schutz der Arbeitnehmer wird aber von der SPÖ und mit ihr von der Gewerkschaft erwartet. Die Sozialpolitik ist jedoch immer noch primär auf die Besitzer von Vollzeitarbeitsplätzen abgestellt. Wie eh und je werden die Verhandlungen der großen Arbeitergruppen über Anpassungen der Kollektivverträge als entscheidende Ereignisse zelebriert. Dass in der Arbeitswelt von heute Verträge zur Besserstellung der so genannten „prekären“ Arbeitsverhältnisse dringend notwendig wären, wird übersehen.

Hier ist nicht allein die sozialdemokratische Partei gefordert, diesem zentralen Problem müssten sich in erster Linie die sozialdemokratischen Gewerkschafter widmen. Somit haben in Wien nicht nur die Parteipolitiker, sondern auch die Gewerkschafter eine schallende Ohrfeige erhalten.

Erschreckend ist allerdings der Umstand, dass jetzt nicht von einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen die Rede ist, sondern von einer Verbesserung der Ausländerintegration. Die Politiker verstehen nicht, dass Ausländerhass primär ein Ventil für den Ärger über eigene Probleme ist.

Die Arbeitnehmer fühlen sich nicht nur von der SPÖ und der Gewerkschaft verraten, sondern von der gesamten Regierung und somit auch von der ÖVP. Wer soll auch verstehen, dass hoch bezahlte Manager, die Unternehmen ruinieren, in der Folge Abfertigungen in Millionenhöhe kassieren. Oder, dass zwar für Banken Milliarden prompt zur Verfügung stehen, aber alle anderen Anliegen mit dem Hinweis auf die leeren Staatskassen abgewiesen werden. Auch Steuererhöhungen statt Reformen sind nicht überzeugend.

Nur: Die gesamte politische Kaste gibt sich dem Wahn hin, dass der Ausländerhass das einzige, alle Wähler bewegende Thema ist. Man müsse nur in diesem Bereich tätig werden und schon werde die Bevölkerung applaudieren. Dieser Irrsinn führt in die Perversion: Jetzt werden Kinder, die längst österreichische Kinder sind, brutal aus dem Land gejagt, statt die tatsächlichen Probleme zu lösen.

Ronald Barazon ist ehemaliger Chefredakteur der Salzburger Nachrichten.



Neunhundert TeilnehmerInnen demonstrierten
am 1. Oktober 2010 bei der Krötenwanderung für eine Sozial- und eine Bildungsmilliarde.

Von Christine Rudolf.

LAUTES GEQUAKE

- Dutzende Betriebsratskörperschaften und Personalvertretungen – von Lebenshilfe Wien, Fonds Soziales Wien, Diakonie Eine Welt bis zur Caritas Socialis, SMZ Süd
- Interessensvertretungen – von Unabhängigen GewerkschafterInnen, Gewerkschaftlicher Linksbund, Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen, Kulturrat Österreich bis zur ÖH und
- Initiativen aus dem Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich – von unbrennt, Stopp Notschlafgebühren (INKONO) bis zum Kollektiv Kindergartenaufruf und Verein für kritische soziale Arbeit (kriSo) riefen für den 1. Oktober zur Krötenwanderung auf.

Rund neunhundert Betroffene – BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen, LehrerInnen, StudentInnen, Beschäftigte, AktivistInnen, GewerkschafterInnen u.s.w. – aus dem Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich sowie solidarische Menschen folgten dem Aufruf.

Nach der Sammlung und einer Kundgebung vor dem Haus des Meeres führte der Demonstrationzug über Mariahilferstrasse und Babenbergerstrasse, vorbei am Bundessozialamt, hin zur Akademie der bildenden Künste – zur Schlusskundgebung.



CHRISTINE RUDOLF
IST POLITISCHE SEKRETÄRIN
DER KIV.

WIR HATTEN VIEL ZU SAGEN

In zahlreichen Redebeiträgen wurde nicht nur eine Sozialmilliarde sowie eine Bildungsmilliard – und eine Krötenwanderung von Vermögenden, Banken, Finanzinstitutionen und Spitzenverdienern hin zu Sozialen Dienste und Bildungseinrichtungen – gefordert, sondern auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen, die den offenen und freien Zugang zu Bildungseinrichtungen und sozialen Diensten zulassen.

Gefordert wurden auch Arbeits- und Einkommensbedingungen, die eine qualitätsvolle Leistungserbringung zulassen und der Prekariisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten im Sozial- und Bildungsbereich entgegenwirken.

Eine Sozial- und eine Bildungsmilliard sowie eine Abkehr vom rigorosen Sparkurs und neo-liberalen Vorstellungen bei Bildung, Gesundheit und sozialen Diensten können dabei nur der Beginn einer Investitionsoffensive im Sozial- und Bildungsbereich sein.

Vorerst kämpfen wir allerdings einmal dafür. Für mehr Verteilungsgerechtigkeit, für mehr Steuergerechtigkeit, für mehr Lebensqualität und Chancengleichheit.

Darum:

- *Her mit den Kröten!*
- *Her mit der Sozialmilliarde!*
- *Her mit der Bildungsmilliard!*

DANKE AN ALLE,

die da waren, die das ermöglicht haben, die aufgerufen, mobilisiert und mitgeholfen haben, die sich solidarisiert haben!

Dies ist ein erster, wichtiger und notwendiger Schritt in Richtung Vernetzung und Solidarisierung des Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereichs! Das alleine ist schon ein Erfolg!

Es war ein feines und lautes Gequake – doch wir hoffen, dass es nicht dabei bleibt und wir gemeinsam



noch viele lautstarke, bunte Zeichen der Basis setzen können!

Die Initiative Krötenwanderung soll weitergehen und die breite Plattform der Aufrufenden wird hoffentlich daran weiterarbeiten und sich weiter verbreiten.

tern. Wir (die Unabhängigen GewerkschafterInnen) werden versuchen dahingehend aktiv zu sein:

- Sei es in Form von Solidarisierung und Unterstützung weiterer Proteste in den betroffenen Bereichen – zum Beispiel der Uni-Proteste im „heißen Herbst“ (Informationen dazu siehe: www.unsereuni.at) oder auch – falls unsere zuständigen Gewerkschaftsführungen unabhängigen von Partei-Loyalitäten endlich erkennen, dass Proteste notwendig sind – von GPA-djp, Vida, GdG-KMSfB und GÖD organisierten Aktionen und Demonstrationen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich.
- Sei es im Rahmen von gemeinsamen Vernetzungsveranstaltungen und -treffen im und mit dem Sozial-,

Gesundheits- und Bildungsbereich – zum Beispiel siehe unter kiv.at/vernetzung-soziales beziehungsweise www.sozialmilliarde.at.

- Oder auch via Schaffung von Öffentlichkeit für die Forderungen und Anliegen aus den betreffenden Bereichen über unsere vernetzten Medien – siehe www.facebook.com/soziale.bildungskroeten oder facebook.com/unsereuni.

Umfangreiche Linktipps zu Streams, Videomitschnitten und Fotos von der Kundgebung „Achtung! Krötenwanderung!“ sowie Beiträge zu den Grußbotschaften und Redebeiträgen der verschiedenen aufrufenden Organisationen, Netzwerken, Initiativen, Betriebsräten und Personalvertretungen gibt es auf unserem Sozialmilliarde-Blog unter: <http://diealternative.org/sozialmilliarde/kategorie/krötenwanderung-1-10-2010/>



KIV *Mehr Personal
Mehr Geld*

Christian Meidlinger und Alfred Bastecky über die
1. Landeskonferenz der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten nach der Fusion mit „Kunst, Medien, Sport, freie Berufe“ im Wiener Austria Center.

DOPPELT GESEHEN

Christian Meidlinger:

DASEINSVORSORGE IST EIN SCHÜTZENSWERTES GUT

„Die Daseinsvorsorge ist ein schützenswertes Gut, das weder zerstückelt, noch privatisiert und keinesfalls zu Tode gespart werden darf“, erklärte der Vorsitzende der „Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe“, Christian Meidlinger, im Rahmen der 1. Wiener Landeskonferenz der GdG-KMSfB im Austria Center. Die GdG-KMSfB betreut in Wien 87.452 Mitglieder.

Besonders unterstrich Meidlinger die Bedeutung Öffentlicher Dienste bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise. „Wien hat seine Aufgabe erfüllt und Öffentliche Aufgaben verstärkt wahrgenommen. Die Banken dürfen nicht mächtiger sein als der Staat.“ Gerade der Sozialstaat habe die wirtschaftliche Entwicklung auch in Zeiten der Krise wesentlich und positiv beeinflusst und den konjunkturellen Abschwung abgefedert.

Mit Aktienkursen und Managerboni gehe es derzeit wieder bergauf. „Für uns als GewerkschafterInnen ist die

Krise aber erst vorbei, wenn Arbeits- und Ausbildungsplätze in ausreichendem Ausmaß vorhanden sind und der Arbeitsmarkt sich nachhaltig erholt“, betonte Meidlinger.

Und stellte klar, dass sich Reiche an der Finanzierung der Krise beteiligen müssen: „Österreich ist nach wie vor ein Paradies für Vermögende. Würden wir in Österreich nur den europäischen Durchschnitt der vermögensbezogenen Steuern einbehalten, könnten wir vier bis fünf Milliarden Euro mehr für das Budget lukrieren.“

Besonders strich Meidlinger die hervorragenden Leistungen der Beschäftigten in Wiens Öffentlichem Dienst hervor. „Wir begrüßen in diesem Zusammenhang den Vorstoß des Bundeskanzlers, von einer Nulllohnrunde bei öffentlich Bediensteten und PensionistInnen abzusehen. Nulllohnrunden schwächen nicht nur die Binnennachfrage, sondern bestrafen abertausende Kleinverdiener – vor allem Frauen.“

Die GdG-KMSfB konnte bei ihrer Landeskonferenz zahlreiche Ehrengäste begrüßen, unter ihnen Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Wiens Planungsstadtrat Rudi Schicker und Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny. Auch ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser ließ es sich nicht nehmen, das Wort an die Delegierten zu richten: „Im Lauf der Wirtschaftskrise wurden 11,2 Billionen verzoxt. Davon könnte die Stadt Wien mit ihrem aktuellen Budget tausend Jahre leben.“

Ganz im Sinn der GdG-KMSfB erneuerte Oberhauser die Forderung des Gewerkschaftsbundes nach einer Finanztransaktionssteuer.



Alfred Bastecky:

BUSINESS AS USUAL – MIT AUSNAHMEN

Die 1. Landeskonferenz der GdG-KMSfB unterschied sich nicht wesentlich von den vielen Landeskonferenzen der GdG, die ich bereits erlebt habe. Grausliches Ambiente im Austria Center – vielleicht sollten wir das nächste Mal doch im Rathaus tagen. Das wäre vom Schauplatz her passender, auch nicht weniger geeignet, aber jedenfalls viel billiger.

Die Rituale wie immer: feierliche Eröffnung, Ehrengäste und Begrüßungsreden. Spitzen-Beamte in großer Zahl, so als wäre es wirklich eine harmonische Versammlung von freundlichen Sozialpartnern. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Arbeitswirklichkeit von Gemeindebediensteten war grundsätzlich nicht zu erwarten, wenige Tage vor den Gemeinderats- und Landtagswahlen in Wien schon gar nicht.

Fraktionskonferenzen

Der Großteil des ersten Tages war den Fraktionskonferenzen gewidmet.



Die KIV beschäftigt sich einmal mehr mit der Situation der Gemeindebediensteten. Drei Impulsreferate bildeten den Auftakt zu einer lebhaften Diskussion:

- Thomas Kerschbaum widmete sein Referat der Erörterung der politischen Rahmenbedingungen in Wien,
- Gerhard Winter sprach über Entwicklungstendenzen und Neuerungen beim Dienstrecht,
- Heidemarie Lentsch und Silvia Tauchner beschäftigten sich mit Arbeitsbedingungen und Befindlichkeiten der

Bediensteten – von Burn Out bis Mobbing, ergänzt durch „Blitzlichter“ über das Gesundheitslotsinnenprojekt im Fonds Soziales Wien und die katastrophale Situation in der MA 40 – speziell nach dem Start der „Mindestsicherung“.

Für die Stadträte und Spitzenbeamten wäre es sicher interessanter gewesen, bei der KIV zuzuhören, statt der Eröffnungszeremonie beizuwohnen. Aber so etwas ist natürlich nicht vorgesehen ...

Zeitdruck und Flucht in Arbeitskreise

Der zweite Tag war von vornherein zum Scheitern verurteilt: Wieder Begrüßungsreden, eine Art „Open Space“ mit Referaten zu „Gesundheit“, „Daseinsvorsorge“ und „Zukunft der Gewerkschaft“. Vorstellung der Anträge, Diskussion und Abstimmung, Neuwahlen, Schlussrede des Vorsitzenden und die obligaten Ehrungen sollten bis 16 Uhr bewältigt werden. Viel mehr Zeit wäre auch nicht gewesen, weil am Abend schließlich Rapid das Europacupspiel

Bitte umblättern



Themen bei der KIV-Konferenz waren die politischen Rahmenbedingungen in Wien, Entwicklungstendenzen und Neuerungen beim Dienstrecht und Arbeitsbedingungen & Befindlichkeiten der Bediensteten

Auszug aus dem Leitantrag des Wiener Landesvorstandes:

ArbeitnehmerInnen- und Bedienstetenschutz

Eine aktuelle Wifo-Studie hat ergeben, dass in Österreich alleine sechs körperliche Arbeitsbelastungen rund 23 Prozent der Krankenstände ausmachen. Diese rein physischen Belastungsfaktoren verursachen 2,8 bis 3,1 Milliarden Euro jährlich an gesamtwirtschaftlichen Kosten. Diese Kosten stellen eine Minimalschätzung dar, denn krankmachende psychische Arbeitsbelastungen – wie Stress und Arbeiten unter Zeitdruck – wurden hierbei noch nicht mit eingerechnet.

Ergebnisse aus anderen Studien lassen schließen, dass insgesamt bis zu fünfzig Prozent der Krankenstände auf Belastungen am Arbeitsplatz zurückgehen. Die beruflich bedingten Krankheiten werden nur zu einem Teil als Berufskrankheiten anerkannt. Zu viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen wegen Berufsunfähigkeit frühpensioniert werden. (...)

Forderungen:

- Großes Augenmerk muss auf die entsprechende Information über Belastungen am Arbeitsplatz, deren Evaluierung und Behebung und vor allem auf Maßnahmen zur Verhinderung neuartiger Belastungen gelegt werden.
- Zum Ausgleich von Arbeitsbelastungen müssen daher Erholungszeiten in die Tätigkeit eingebaut werden. Die Erholungszeit soll die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhalten und eine möglichst gleich bleibende Leistungserbringung sicherstellen.
- Eine Modernisierung des ArbeitnehmerInnen-, aber vor allem des Bedienstetenschutzes. Nicht die Erfüllung von Mindestvorschriften soll dabei das Ziel sein, sondern die Gestaltung eines nachhaltigen Arbeits- und Gesundheitsschutzes.
- Die Prävention muss im Vordergrund stehen, damit arbeitsbedingte Erkrankungen erst gar nicht entstehen können.
- Eine einheitliche und flächendeckende Prävention und Gesundheitsförderung im Magistrat der Stadt Wien könnte großes menschliches Leid verhindern und gleichzeitig sehr viel Geld sparen.

Alternsgerechte Arbeitswelt

Die Alterung der Bevölkerung in den Industriestaaten hat hohe Aufmerksamkeit in der wissenschaftlichen und politischen Diskussion gefunden. In der heutigen Zeit wird zunehmend über die Auswirkung der Alterung auf die Arbeitswelt, Wirtschaftswachstum und die Innovationsfähigkeit von Unternehmen diskutiert. Im Zuge des demographischen Wandels werden in den nächsten Jahren die 45-Jährigen die größte Gruppe unter den Beschäftigten bilden. Dazu kommen die Pensionsreformen der letzten Jahre, die ab dem Jahr 2014 im Regelfall praktisch keine Möglichkeit mehr geben, vor dem Regelpensionsalter in den Ruhestand zu gehen (...).

Diese Entwicklung hat erheblichen Einfluss auf die Arbeitswelt. Daher ist der Erhalt der Arbeitsfähigkeit eine wichtige Voraussetzung für das zukünftige Arbeitsleben!

Forderungen:

- Maßgeschneiderte Weiterbildungsmaßnahmen für alle MitarbeiterInnen,
- Verstärkte verpflichtende Einbindung der ArbeitsmedizinerInnen, ArbeitspsychologInnen, diverse Fachleute, etc.,
- Flexible dienststelleninterne, der Altersstruktur angepasste, Umstrukturierungen,
- Verankerung von Wissenstransfer von Älteren an Jüngere im Anforderungsprofil unter dem Motto „Nicht Abbau sondern Umbau“,
- Einen Wechsel des Arbeitsplatzes beziehungsweise Tätigkeitsfeldes dienststellenintern und -extern leichter als bisher ermöglichen (durchlässige Bedienstetenkategorien),
- Das bestehende Nebengebührensystem ermöglicht vielfach einen Aufgabenwechsel nur unter gravierenden Einkommenseinbußen – Nebengebührensystem und Dienstordnung anpassen (Abfederungsmodelle, Einschleifregelungen),
- Entwicklung von Maßnahmen zur Abfederung von Einkommensverlusten bei krankheitsbedingtem Tätigkeitswechsel, bei gleichzeitiger Erhöhung der Akzeptanz, diesen Tätigkeitswechsel als gesundheitsfördernde Maßnahme zu erkennen (...)

zu absolvieren hatte – ein Pflichttermin für viele Gewerkschafter.

Die Themen der Open-Space-Refereate sollen in den nächsten Monaten in Arbeitskreisen behandelt werden. Skepsis ist angebracht angesichts bisheriger Arbeitskreise in unserer Gewerkschaft.

Das Dilemma des Antrags(un)wesens

Die Theorie: beschlossene Anträge bilden sozusagen das Arbeitsprogramm für die nächsten vier Jahre. Die Praxis: eine ganze Menge der Anträge werden weder angenommen noch abgelehnt, sondern zugewiesen. An den Wiener Vorstand oder an eine zuständige Hauptgruppe. „Begräbnis 1. Klasse“ haben wir früher (mit gewisser Berechtigung) dazu gesagt.

Tatsache ist: die FSG-Mehrheit in der Antragsprüfungscommission bestimmt,

was angenommen wird und was nicht. Zur Absicherung dieser „Meinungsbildung“ gibt es die schriftlichen Empfehlungen der Antragsprüfungscommission beziehungsweise ihrer Mehrheit. Anträge, diesen entmündigenden „Schummelzettel“ endlich abzuschaffen, werden regelmäßig von der Mehrheit abgelehnt. Heuer unter anderem mit der originellen Begründung, dass viele Delegierten die Anträge erst gar nicht lesen.

Das Ergebnis: alle von der KIV beantragten Einzelabstimmungen finden unter den Mehrheitsdelegierten keine einzige Zustimmung. Auch wenn wir ganz genau wissen, dass beispielsweise zahlreiche FSG-Delegierte ebenfalls gegen die Verlängerung der Funktionsperiode sind. Wenn aber nicht gewährleistet ist, dass

die Delegierten ihrer Überzeugung entsprechend abstimmen, sollten wir uns eine grundlegende Reform der Meinungsbildung und der Entscheidungsprozesse in unserer Gewerkschaft überlegen. Diskutiert wurde weder in der Antragsprüfungscommission, noch auf der Konferenz.

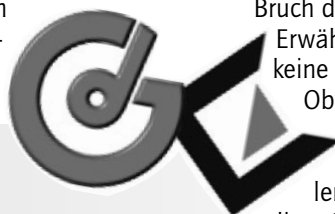
Die Quotenregelung und die Praxis

Auf der Landeskonferenz wurde zum Beispiel das Präsidium neu gewählt. Es besteht aus 12 Mitgliedern, acht Männern und vier Frauen. Die Geschäftsordnung sieht aber vor, dass die Zusammensetzung der Organe das Geschlechterverhältnis bei den Mitgliedern widerspiegeln muss. Der eklatante Bruch der Geschäftsordnung ist keine Erwähnung, keine Erklärung oder keine Absicht für die Zukunft wert.

Obwohl die Frauen mittlerweile die Mehrheit der Wiener Gemeindebediensteten stellen. Die Frauenabteilung trägt diese Dinge mit und scheut auch nicht davor zurück, gegen einen Antrag auf Aufwertung der Frauengremien abzulehnen, weil darin unter anderem eine Direktwahl des Frauenausschusses verlangt wird. Jungen KollegInnen, die das erste Mal an einer solchen Konferenz teilnehmen, bleibt angesichts solcher Praktiken sprichwörtlich „das Hirn stehen“.

Die Ausnahme von der Regel

Für eine generelle Re-Kommunalisierung ausgegliederter oder privatisierter Bereiche war die FSG nicht zu gewinnen. Ein modifizierter Initiativantrag der KIV, in der die Auflösung des Fonds Soziales Wien und die Wiedereingliederung im Rahmen der Stadtverfassung verlangt wurde, fand hingegen die einstimmige Zustimmung der Landeskonferenz (siehe Kasten „Auflösung des Fonds Soziales Wien und Wiedereingliederung in den Magistrat der Stadt Wien“). Bleibt abzuwarten, ob jemals irgendwelche Schritte zur Umsetzung dieses Beschlusses unternommen werden.



Initiativantrag der KIV

Auflösung des Fonds Soziales Wien und Wiedereingliederung in den Magistrat der Stadt Wien

Die 1. Wiener Landeskonferenz der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe fordert die Auflösung des Fonds Soziales Wien (FSW) und die Wiedereingliederung aller Arbeitsbereiche des FSW in den Magistrat der Stadt Wien.

Begründung: Der Fonds Soziales Wien, ein vom Magistrat der Stadt Wien ausgegliederter Fonds der Stadt Wien nach dem Wiener Landes-Stiftungs- und Fondsgesetz, besteht seit einigen Jahren. Mittlerweile wurden auch Betriebsgesellschaften gegründet: Schuldnerberatung Wien gemeinnützige GmbH, FSW-Wiener Pflege- und Betreuungsdienste GmbH (Tageszentren für SeniorInnen, Mobile Hauskrankenpflege), „wieder wohnen“ Betreute Unterkünfte für wohnungslose Menschen gemeinnützige GmbH.

Die Erfahrungen der zugewiesenen Stadt Wien-Bediensteten, der privatrechtlich Beschäftigten und der ZeitarbeitnehmerInnen auf der einen Seite und die Erfahrungen der Personalvertretung, der BetriebsrätInnen und der Gewerkschaft mit dem „Unternehmen“ FSW, mit der Geschäftsführung und mit der Unternehmensphilosophie in diesem ausgegliederten Fonds zeigen

eine sehr negative Bilanz für die betroffenen ArbeitnehmerInnen und für die Interessenvertretung. Es zeigt sich, dass privatwirtschaftliche Konzepte für den kommunalen Sozialbereich im Sinne unserer gewerkschaftlichen Forderung negative Auswirkungen auf die Bediensteten, Beschäftigten haben.

Die 16. Wiener Landeskonferenz der GdG hat bereits 2006 folgenden Beschluss gefasst (Arbeitsprogramm 2006–2010) gefasst: *„Die 16. Wiener Landeskonferenz der GdG wird diese neoliberale Irrlehre bekämpfen und bringt dies überall deutlich zum Ausdruck. Im Gegensatz zum oben genannten neoliberalen Modell fordern wir die politisch Verantwortlichen auf, verstärkt auf Insourcing statt Outsourcing von Leistungen zu setzen, da die Bediensteten der Gemeinde Wien im Vergleich zu privaten Anbietern Leistungen mit höherer oder zumindest gleichwertiger Qualität erbringen.“*

Im Sinne des Konzepts des Neuen Steuerungsmodells ist die Unternehmensphilosophie des FSW auch im Sozialbereich an die Privatwirtschaft angepasst und der Beschluss der 16. Wiener Landeskonferenz GdG anzuwenden.



Gewerkschaft der Gemeindebediensteten-KMSfB

DIREKTWAHL GEFORDERT

Hintergrund war der Wunsch nach mehr Kompetenzen und Erhöhung der Durchsetzungskraft der Frauengremien.

Leider gelang es (noch?) nicht, ein überfraktionelles Verständnis für diese zukunftsweisende Richtungsänderung zu erlangen. Dabei ist Frauenarbeit nach wie vor so notwendig, dass sie nicht neben anderen Funktionen ausgeübt werden sollte, sondern soviel Zeit und Kraft wie nur möglich beanspruchen muss!

Solange wir Frauen uns diese Verantwortung zusätzlich aufbürden (lassen), dürfen wir uns nicht wundern, wenn sich längst fällige Sichtweisen nur im Schnecken tempo verändern lassen oder schlimmsten Falls noch belächelt werden. Ja, es stimmt, dass die acht männlichen Hauptgruppenvorsitzenden demokratisch gewählt wurden, aber

Die KIV brachte bei der 1. Landesfrauenkonferenz der Landesgruppe Wien eine Resolution zur Aufwertung und Eigenständigkeit der Frauengremien ein.

Von Irmgard Slovacsek.

entspricht das wirklich dem Wunsch der 64 Prozent weiblichen Bediensteten der Stadt Wien?

Ist es des 21. Jahrhunderts – in dem wir bereits leben – würdig, dass Frauen für eigene Anliegen immer noch keine eigene Möglichkeit der Direktwahl haben? Genügt uns die derzeitige Quotenregelung, die meist in Stellvertreterinnenpositionen endet, tatsächlich?

Was es sonst noch gab? Viele männliche Ehrengäste, Berichte und der Blick auf die weit geöffnete Gehaltschere von männlichen und weiblichen Einkommen bei gleicher Arbeit.

Resolution

Aufwertung der Frauengremien

Die Stadt Wien ist weiblich. Immerhin sind es 64 Prozent der Bediensteten. Die Ausarbeitung und Durchsetzung von Frauenforderungen betrifft also die Mehrheit, und nicht die Minderheit.

Dabei ist zu überlegen, ob es wirklich genügt, die Ergebnisse der allgemeinen Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahlen auf Frauengremien einfach „umzulegen“ und den gewählten Funktionärinnen der Gewerkschaft die Frauenarbeit zusätzlich aufzuerlegen.



Die Durchsetzungsmacht und Autonomie der Frauengremien würde durch eine Direktwahl erheblich gestärkt. Die Direktwahl des Frauenausschusses auf Landesebene ergibt ein eigenständiges, demokratisch legitimes Gremium, auf das die wahlberechtigten Frauen direkt Einfluss haben. Durch die Wahlaus-einandersetzung würden außerdem Frauenthemen in den Vordergrund rücken. Diese Forderung hat auch ihre Berechtigung, wenn Quoten für die Besetzung von Gremien eingerichtet sind, denn diese Forderung stellt auf die Notwendigkeit beziehungsweise Existenz von Frauenausschüssen in der Gewerkschaft ab.

Darüber hinaus wäre es für weibliche Bedienstete eine grosse Erleichterung, die Kontaktfrauen auf Dienststellenebene direkt zu wählen. Wenn sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz wirklich ein Thema sein soll, ist es wichtig, dass Kontaktfrauen das Vertrauen speziell der weiblichen Bediensteten haben, was nicht immer der Fall ist, wenn sie bestimmt werden.



IRMGARD SLOVACEK
IST KINDERGÄRTNERIN
UND KIV-MITARBEITERIN.

Nicht ganz konfliktfrei ist das Verhältnis
der Gewerkschaften zum Gewerkschaftsbund.

Von Lisa Langbein.

GEMEINSAM?

Est tatsächlich noch nicht so lang her. Wenn wir uns an die Krise des Gewerkschaftsbundes und die anschließenden Reformbestrebungen erinnern, dann war es eine Zeit, in der, neben dem blanken Entsetzen, doch auch Hoffnung aufgekommen ist. Wird der grosse Tanker ÖGB doch noch die Kurve nehmen? Wird er den Mitgliedern näher kommen?

Die Ernüchterung kam nach und nach. Der Reformprozess war zu Ende, ehe er noch richtig in Fahrt kam. Alle Projekte der Mitgliederbeteiligung kamen auf die „lange Bank“ oder wurden als „unmöglich“ eingestuft. „Weitermachen wie früher“, war die Devise, unter zeitweiser Beschwörung einer „neuen Transparenz“ (es ist eh ja alles so viel besser geworden ...).

Damals war unter anderem die Frage, was wir brauchen. Einen starken Gewerkschaftsbund oder starke Gewerkschaften. An dieser Frage schieden sich die Geister – inzwischen ist es längst klar. Fakt ist, wir haben starke Gewerkschaften. Und die hätten gern einen kleinen Gewerkschaftsbund. Das hat uns sogar ein Organisationsberater, nach Testung fast aller Vorstandsmitglieder, bestätigt.

Auch in den letzten Vorstandssitzungen wurde es immer klarer. Es gibt ein-

deutig Blockaden. Sogar eine vorbereitete ÖGB-Mitgliederwerbeaktion wurde abgeschmettert. Weils die Gewerkschaften eh selber machen.

KONKURRENZ

Angeblich soll sie ein beflügelndes Element sein. Eine der vielen Aussagen, mit denen ich Schwierigkeiten habe. Zwischen den Gewerkschaften herrscht starke Konkurrenz. Immer in Sorge, dass wer in „fremden Gewässern“ fischt oder sich irgendwie einmischen könnte. Dabei werfen auch Mitgliederwerbeaktionen Probleme auf: denn wer wirbt wen – und wo gehört wer hin? Nicht einfach und grosser Zündstoff.

Da ich den Verdacht habe, dass in den Vorstandssitzungen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes nicht immer über das geredet wird, worüber grad geredet wird, zeigt sich mir am deutlichsten an den harten Fakten, am Geld. Da brechen Diskussionen in klaren Worten auf.

Zum einen scheinen die Verhandlungen zur Finanzierung des ÖGB über eine besorgniserregende Dauer zu keinem Ergebnis zu kommen. Im Rahmen der Krise wurden die Beiträge der Gewerkschaften zum ÖGB auf annähernd die Hälfte reduziert. Bis inklusive 2010. Ab 2011 sollte es wieder mehr sein, dafür aber scheint es seit Monaten keine Mehrheit zu geben. Was ein Desaster werden kann (siehe auch die Resolution der BetriebsrätInnen).

Zum anderen bricht immer wieder, wenn die Rede auf die gemeinsame Bilanz und die Verantwortung des Vorstandes für alle Bilanzen kommt, blankes Entsetzen aus. Da sollte der Vorstand des Gewerkschaftsbundes über

grosse Ausgaben der Gewerkschaft mitentscheiden? Das Misstrauen sitzt tief.

Aber nicht nur das, die begrenzten Mittel – im Grunde stehen die Beiträge zur Verfügung – führen natürlich zum Anspruch des Sparens. Und da ist die Phantasie begrenzt. Die Instrumente des Neoliberalismus stehen zur Verfügung, es soll geschlankt und gerant werden, für Ziele und Notwendigkeiten der Gewerkschaftsbewegung bleibt da weniger Raum. Noch immer gibt es keine konkreten Pläne für ein gemeinsames Schulungsheim, die Häuser der Gewerkschaften sind aber schon weitgehend verkauft.

Die Abgrenzungen der Gewerkschaften untereinander ziehen sich interessanterweise bis in die Unabhängigen GewerkschafterInnen hinein. Natürlich ist jede Gewerkschaft die beste. Und damit die andere schlechter, zumindest ein bisschen. Auch unsere FunktionärInnen sind manchmal geneigt, den Argumentationen der eigenen Gewerkschaft zu folgen und bei Neid und Konkurrenz mitzumachen.

MAUERN

In der kurzen Zeit der Reformbereitschaft schien es, als ob auch die kleineren Fraktionen etwas mehr gehört würden. Die Fraktionen gibt es noch – verhandelt wird aber (bestenfalls) grosskoalitionär. Kein Zufall, dass bisher nicht einmal die Finanzierung der Fraktionen auf bessere Beine gestellt werden konnte. Obwohl der derzeitige Modus von keinem Menschen auch nur erklärt werden kann.

In den Gewerkschaften wird der Wind zunehmend kühler. Sogar schon Erreichtes wird in Frage gestellt. Nicht, weil wir kleiner werden. Nein, wir wach-



LISA LANGBEIN
IST UG-VORSITZENDE UND
ARBEITET IN DER KIV.

Einstimmiger Beschluss in der Konferenz der Betriebsratsvorsitzenden

Ein starker ÖGB und starke, solidarische Gewerkschaften

Auf Initiative des ZBR für die ArbeitnehmerInnen im ÖGB kam es am 27.09.2010 zu einem Wirtschaftsgespräch der Betriebsratsvorsitzenden der Gewerkschaften, der ÖGB Zentrale und Landesorganisationen mit ÖGB Präsident Erich Foglar.

Insgesamt haben sich die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen für den ÖGB (inkl. Gewerkschaften) gut entwickelt. In den einzelnen Gewerkschaften ist die Entwicklung der vorhandenen Mittel sehr unterschiedlich. Die ÖGB Struktur (Zentrale + LO) kann mit dem von 28% (2007) auf 16% (2010) reduzierten Beitragsanteil seine Aufgaben nicht finanzieren. Die in Zeiten der BAWAG-Krise beschlossene Aufteilung endet 2010.

Durch die bisher umgesetzten Reformen, z.B. ein gemeinsames neues Haus, Entflechtung der Beteiligungen und Finanzen und durch das Engagement der FunktionärInnen und MitarbeiterInnen ist das Erscheinungsbild des ÖGB in der Öffentlichkeit gut.

Intern führen Uneinigkeit und Verzögerung von Reformschritten zu Unsicherheit und Ängsten. Die fehlenden Planungsdaten und Budgetbeschlüsse für 2011 und die Folgejahre verstärken Sorgen und Befürchtungen. Halbwahrheiten und falsche Zahlen machen die Runde. Für die Sicherung der Finanzierung ist die Umsetzung der ÖGB-Reformbeschlüsse notwendig.

Die BetriebsrätInnen im ÖGB (Gewerkschaften, ÖGB-Zentrale und Länder) wiederholen daher ihre Forderungen die dem ÖGB Vorstand bekannt sind und die eine vernünftige Entwicklung des ÖGB (inkl. Gewerkschaften) ermöglichen:

- Keine Kündigungen durch Reformmaßnahmen und Strukturänderungen
- Kein Sozialplan für einzelne Organisationseinheiten
- Keine Strukturschwächung der ÖGB-Dachorganisation (kein Deutsches- oder Schweizer Gewerkschaftsbund-Modell)
- Fair teilen auch innerhalb des ÖGB (Verteilungsgerechtigkeit)
- Gleiche Rahmenbedingungen für alle (AO/BO, BV, Arbeitsbedingungen und -mittel)

Wien, am 13. Oktober 2010

letzten Sitzung vor. Allerdings konnte eine kleine stilistische Änderung schon deshalb nicht mehr gemacht werden, weil der Brief zum Zeitpunkt seiner Vorlage im Vorstand schon fix fertig zum Versenden war.

- Es gibt noch immer Bilanzen, die als Tischvorlage kommen.
- Es gibt noch immer keine tauglichen Protokolle. Das was es gibt, ist die Tagesordnung, wo dann dabei steht, wie die Abstimmung ausfiel. Trotz wiederholter Bitte bleibt die Mehrheit im Vorstand dabei, dass das ausreichend ist.

Dann wird es allerdings schwierig, wenn sich zum Beispiel die Kosten für die Renovierung eines Objektes fast verdoppeln, der Beschluss zur Renovierung in der Sitzung vom April 2009 gefallen ist, im Beschlussprotokoll vom Mai 2009 zwar steht, der Beschluss sei gefallen, Materialien im Vorfeld der Aprilsitzung aber nicht vorliegen.

Vielleicht stimmt es ja, dass vieles sehr viel besser als vor der Krise ist. Dann allerdings muss es ziemlich fürchterlich gewesen sein.

sen, leider nicht sehr schnell, aber beständig und offenbar auch in Bereiche hinein, wo es weh tut. Und damit gibt's „Saures“. Es ist nicht mehr selten, dass BetriebsrätInnen, wenn sie nicht zur „richtigen“ Fraktion gehören, von ihren Gewerkschaften im Stich gelassen werden. Revival eines Verhaltens, das wir für überwunden gehalten haben. Traurigerweise können dafür immer mehr Beispiele angeführt werden.

VORSTAND

Ist einmal im Monat und findet, zumindest äusserlich, in sehr freundlichem Rahmen statt. Seit Beginn dieses Jahres gibt es eine inhaltliche Veränderung. Die Inhalte wurden klarer, die Argumentationen pointierter. Wahrscheinlich war es die Krise, die den Schleier des sozialpartnerschaftlichen und staatstragenden *Wir* ein bisschen

gelüftet hat und die Interessensdifferenzen zu Tage gebracht hat. So war die Rede von Gewerkschaftsbund-Präsident Foglar bei der Kundgebung „machen wir uns stark“ recht beeindruckend, ebenso die Tatsache, dass er bei der Demonstration für Menschenrechte anlässlich des Welt-Aids-Kongresses tatsächlich mitgegangen ist. Eine interessante und erfreuliche Entwicklung, die aber nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass vieles im Argen liegt.

Erfreulich war auch, dass es in der leidigen und traurigen Affäre mit den PensionistInnen des ÖGB vielleicht doch noch eine Art Vergleich geben kann. Es wurden ja die Betriebspensionen abgefunden und es folgten Klagen. Ein Brief mit einem Vorschlag an die ehemaligen KollegInnen lag in der



FAIR TEILEN

So lautete das gemeinsame Motto des ÖGB für 2010, und es ist gut angekommen. Es wäre für die Gewerkschaftsbewegung hilfreich, wenn das auch für uns selber gälte.

SO GEHT'S AUCH:

ABSCHIED

EINE PATSCHERTE AKTION

DU DA!
MITKOMMEN

ALLE SIND
SICH EINIG:
SO GEHT'S
SCHON
GAR NICHT!



..ODER FÜR MUSLIMISCHE
KINDER ALS
HATSCHI-BRATSCHI...

HALLO
AHMED



..UND FÜR SÄKULÄRE KINDER
BÉLIEBTE IDENTIFIKATIONSFIGUREN
EINSATZ KOMMEN - DIE AUSBILDUNG
BEREITS IM GANG

SENSI
MÜSST'S V
SEN-SI



LEBEN MIT

M DAS LEHRPERSONAL NICHT
U SCHOCKEN UND DIE KINDER
NICHT ZU DEMÜTIGEN



KOMMT DIE FREMDEN-
POLIZEI FORTAN ALS NIKOLO...

MIR HAM EAHM
IM SACK-OVER

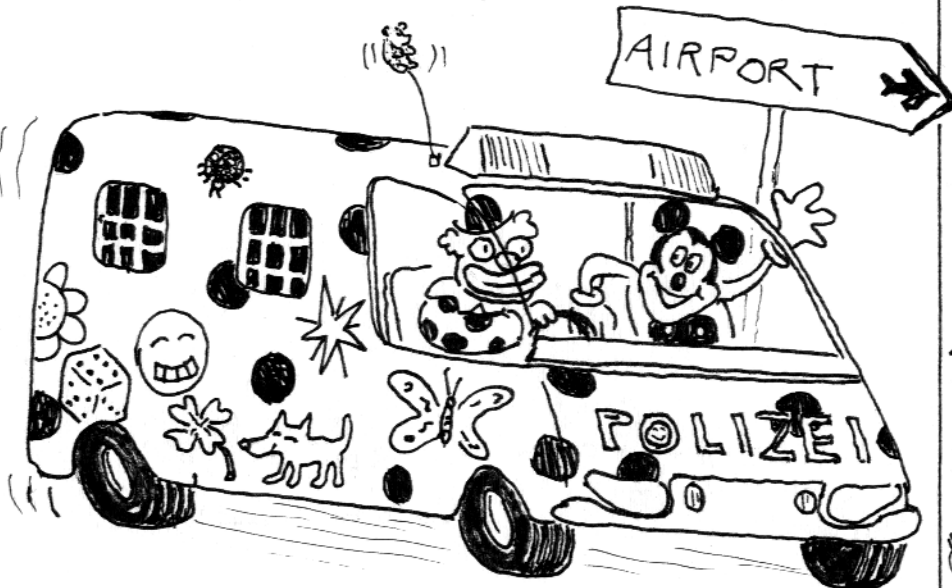


WERDEN
N ZUM
IG IST

BEL
ORGEHN
-BEL!



AUCH AUSTRÜSTUNG UND GERÄT
WERDEN DER HAPPY-ABSCHIEBUNG-
STRATEGIE ANGEPASST



JETZT
KANN
FEKTER
STOLZ
BEHAUPTEN



DAS IST
EBEN DER
ÖSTERREICHISCHE
WEG!

Personalvertretung und Gewerkschaft: GRAZ HAT GEWÄHLT

Nach vier Jahren wurden die Karten am 13. Oktober 2010 in Graz neu gemischt. Aus Sicht der KIV, die als kleine Fraktion und als die mit Abstand einzige Opposition in der Personalvertretung und im Zentralausschuss, der die Personalvertretungs- und Gewerkschaftsarbeit viel zu zahn angelegt war und ist, ist das Resultat dieser Personalvertretungswahl bemerkenswert.

Das wohl wesentlichste „Projekt“ im Magistrat Graz der letzten Jahre war das von der Regierungskoalition und somit vom Dienstgeber eingeleitete Umstrukturierungsprojekt „Haus Graz“. Mit 1. Jänner 2011 sollten die wesentlichsten Arbeiten dazu umgesetzt sein. Dieses von der KIV als Transformation des kommunale Bereichs bezeichnete Projekt hat wesentliche und weitreichende Auswirkungen auf das Personal, insbesondere auf die zukünftigen Arbeitsplätze jener MitarbeiterInnen, welche dann diese Kommunalen Aufgaben und Leistungen erbringen werden. Mit einem Schlag ist es gelungen, die Beschäftigungsverhältnisse zu privatisieren – auch wenn das erst in einigen Jahren wirken wird.

Die „Gegenwehr“ der FSG dominierter Personalvertretung und Gewerkschaft war unserer Ansicht nach ziemlich lahm bis kaum vorhanden. Wir haben klar dagegen Position bezogen und dies auch, so gut es ging, kommuniziert (unter www.kiv.at/graz nachzulesen).

Letzten Endes hat das „Haus Graz“ auf interessante Weise auch innerhalb

Am Tag danach, etwas (sehr) müde aber irgendwie auch sehr gelassen, versuche ich einen Kommentar, der teilweise als Analyse durchgehen kann.

Von Robert Egger.

Wahlergebnis 2010 (2006)

	Prozente	Mandate
FSG	58,43 (61,89)	28 (29)
FCG	20,71 (25,57)	10 (12)
KIV	6,35 (7,01)	3 (3)
FA	5,47 (n.K.)	2 (n.K.)
ÖAAB	9,05 (n.K.)	4 (n.K.)

der „Schwarzen“ für einen Disput gesorgt, und somit bei den Personalvertretungs-Wahlen zu einem fast schon skurrilen Ergebnis geführt. Die FCG hat sich erlaubt, ganz leise Kritik am „Haus Graz“ zu äußern und wurde (no na) prompt zurückgepiffen. Der ÖAAB war anderer, beziehungsweise gleicher Meinung wie die Regierungspartei ÖVP, daher ganz nahe an der Partei und so kandidierte neben der FCG auch der ÖAAB. Mit professionellen Methoden wurde in der letzten

Woche vor der Wahl alles bemüht, was Rang und Namen hatte und es war unklar, ob nicht die ÖVP-Stadträte und der Bürgermeister selbst kandidieren.

Klar ersichtlich und Thema in den vielen Gesprächen, die wir mit unseren KollegInnen hatten, war, dass das Engagement des ÖAAB als Kandidatur des Dienstgebers bei der Personalvertretungswahl gesehen wurde. Ich wage zu behaupten: Es war quasi ein Intelligenztest für DienstnehmerInnen! Ging es doch eindeutig darum, die Position des Dienstgebers hauptsächlich beim Projekt „Haus Graz“ zu stärken.

Dieses Konzept ist voll aufgegangen, der ÖAAB konnte auf Anhieb viele Dienststellen gänzlich besetzen und im Zentralausschuss vier Mandate erreichen. Wir haben unsere drei Mandate gehalten, obwohl diesmal auch die FA (Abtrünnige von der SPÖ, die sich mit den Blauen auf ein Packl geworfen haben), kandidierten. Zumindest die konnten uns nicht überholen. Das ist in Zeiten wie diesen schon tröstlich.

Viel Licht gibt es bei einem Dienststellenergebnis der besonderen Art: Erstmals ist es gelungen, in den Geriatrischen Gesundheitszentren eine engagierte Kandidatin zu finden.

Über fast zwanzig Jahre waren hier die PersonalvertreterInnen der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen alleine unter sich. Diesmal waren in dieser Dienststelle zehn Mandate zu vergeben. Unserer Kandidatin gelang es quasi aus dem Stand drei Mandate zu erringen. Der Wermutstropfen: Zurzeit ist sie dort noch relativ alleine unterwegs ... Aber gerade dieser Bereich ist für uns als Personalvertretung ein Zukunfts- und Hoffnungsbereich. Schatten gab es leider bei den Horten: Kein Mandat und nicht mehr vertreten.

Unterm Strich konnten wir uns also so einigermaßen halten, besonders freut uns das Resultat der Kollegin im Geriatrischen Gesundheitszentrum, die mit diesem Ergebnis die Nordkoreanischen Verhältnisse beendet hat.

Mehr Licht also ...



ROBERT EGGER
IST PERSONALVERTRETER
DER KIV IM
MAGISTRAT GRAZ.

Fonds Soziales Wien:

IMMER IN BEWEGUNG

Und auch der „Fonds Soziales Wien“ (FSW) macht mit. Hierbei das richtige Maß zu finden, ist in Wirklichkeit die wahre Herausforderung für jedes Unternehmen und entscheidet mit darüber, ob es sich positiv entwickeln kann.

Dass Unternehmen permanent ihre Strukturen optimieren, klingt für's erste sehr positiv. Für diese Umstrukturierungen werden die unterschiedlichsten Werkzeuge aus dem Managementbereich eingesetzt.

Durch ständige Analysen, ein ausgebautes Controlling und eine permanente Organisations- und Personalentwicklung wird jeder Schritt genau beobachtet, festgehalten, besprochen und geplant (allerdings nur im Management und selten mit den Betroffenen). Diese Praktiken der vergangenen Jahrzehnte haben enorme Fortschritte gebracht in Bezug auf die Rationalisierung und Standardisierung von Arbeitsabläufen.

Je nachdem, an welchem „Schraubchen“ gerade gedreht wird, werden dann eine oder mehrere MitarbeiterInnen oder auch eine ganze Abteilung „gefördert“, beziehungsweise umstrukturiert (es heißt dann „weiterentwickelt“). Manchmal kommt es auch vor, dass das Management zum Schluss kommt, eine ganze Abteilung aufzulösen. Die bisherigen Aufgaben werden mit zumeist sehr salbungsvollen Worten einfach „abgedreht“.

In einem Artikel*) erläutert Dr.ⁱⁿ Elisabeth Wagner, Fachärztin für Psychiatrie und psychotherapeutische Medizin, die Auswirkungen von zu häufigen Umstrukturierungen auf organisatorischer Ebene:

„Unternehmen optimieren permanent ihre Strukturen, das heißt, es kann immer weniger Identität und Solidarität entstehen. Permanente Umbesetzungen zerstören ‚die Seele‘ des Unternehmens, indem Beziehungen nicht mehr wachsen können und sich ArbeitnehmerInnen als zunehmend austauschbar erleben. Darüber hinaus erlebe ich aus der Arbeit mit KlientIn-

Häufige Umstrukturierungen gibt es nicht nur im Wirtschaftsbereich. Zunehmend werden auch im Nonprofitbereich Betriebe nach Optimierungspotenzialen durchforstet und neu geordnet.

nen, dass es als besonders verhöhrend und frustrierend erlebt wird, wenn viele Sitzungen zu den Werten, den Leitbildern, stattfinden, sich diese dann aber lediglich als Behübschung, als Kulisse im Arbeitsalltag herausstellen, die Kluft zwischen Taten und Worten zwischen Sein und Schein sehr groß ist“.

In Produktionsbetrieben ist es der vollautomatischen Drehbank relativ egal, ob sie wöchentlich ihren Platz wechselt und welche Maschine neben ihr arbeitet. Bei uns Menschen gehören

soziale Beziehungen, Wohlbefinden und eine „gute menschliche Betriebskultur“ zu sehr wesentlichen „Produktionsfaktoren“.

Es wäre daher für jeden Betrieb (auch für unseren FSW, denn immerhin arbeiten und „leben“ hier an die tausend Menschen täglich) sehr wichtig und wesentlich, geplante Neuerungen zuerst einmal auch auf die sozialen Auswirkungen auf die MitarbeiterInnen zu prüfen – damit man beispielsweise nicht im Nachhinein über Fluktuationsstatistiken brüten muss.

Das tatsächliche Potenzial unserer Leistungen liegt vielleicht dort, wo wir uns in einem Unternehmen im Sozialbereich am wohlsten fühlen – in der Sozialkompetenz der MitarbeiterInnen! Um das zu erreichen ist ein Führungsstil gefragt, in dem Parameter wie Individualität, Verantwortlichkeit und Menschlichkeit zentrale Bezugsgrößen sind (im Gegensatz zu Misstrauen und Messwahn).

*) Quelle: Tageszeitung „derStandard“ vom 10. August 2010.



Das Betriebsrats-Team im Fonds Soziales Wien: Bernhard Lukaschek, Sonja Müllner, Andreas Richter-Huber, Doris Buresch.

A1 Telekom und Post: Die UG hat bei den Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahlen im September 2010 Freiheitliche und Linksblock deutlich hinter sich gelassen. *Von Herbert Tischler.*

DRITTE KRAFT

Vom 21. bis 23. September 2010 fanden in der A1 Telekom Austria AG und der Post AG sowohl Personalvertretungs- als auch Gewerkschaftswahlen statt.

PERSONALVERTRETUNG

In der A1 Telekom Austria AG ist die We4you/UG in Wien, Niederösterreich, Burgenland mit Kandidaten angetreten und hat mit 7,04 Prozent in allen vier Wahlkreisen, wo wir angetreten sind, ein Mandat errungen. Besonders hervorzuheben ist hier der Wahlkreis Vertrauenspersonenausschuss Ost 5 (ehemals Mobilkom), in dem wir bei der ersten Kandidatur gleich 6,4 Prozent erreichen konnten. In der Post ist erstmals mit PIV/UG auch eine unabhängige Liste im Wahlkreis BZW angetreten und hat mit 12,97 Prozent einen großen Erfolg erringen können.

Diese Ergebnisse zeigen, dass in den Unternehmen ein beachtliches Potential für parteiunabhängige Listen vorhanden ist.

Der Wahlkampf in der A1 Telekom Austria AG war überraschenderweise recht fair abgelaufen. Im Wahlkampf-Finish hat die Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen zwar einige unfaire Aktionen gestartet, die ihr jedoch keinerlei Erfolg brachten. Sie

konnten damit auch nicht die nach wie vor große Mehrheit der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen gefährden. Ein wenig traurig hat mich die in einigen Wahlkreis recht schlechte Wahlbeteiligung gemacht – zum Beispiel 53 Prozent im Bereich Marketing, Vertrieb.

Zusammenfassend können wir als We4you/UG stolz auf unser gutes Ergebnis sein, mit dem wir uns als drittstärkste Kraft in der Personalvertretung der A1 Telekom Austria AG behaupten konnten. Wir werden auch in den nächsten Jahren auf die „großen“ Fraktionen aufpassen und die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen offensiv und überparteilich vertreten, sowie sie über die Tätigkeit der Personalvertretung ausführlich und offen informieren.

GEWERKSCHAFT

Die gewerkschaftsinterne Wahl für die Zusammensetzung der Organe und Gliederungen der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten brachte bei einer, verglichen mit den Personalvertretungs-Wahlen der A1 Telekom Austria AG, hohen Wahlbeteiligung von rund 69 Prozent eindeutige Ergebnisse:

- Die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen erreichte 66,5 Prozent,
- auf die christlichen Gewerkschafter entfielen 29,7 Prozent,

- die freiheitlichen Arbeitnehmer erzielten 0,2 Prozent,
- der gewerkschaftliche Linksblock kam auf 0,8 Prozent,
- die Unabhängigen GewerkschafterInnen erreichten 1,2 Prozent.

Mit diesem Ergebnis haben die Unabhängigen GewerkschafterInnen die Freiheitlichen und den gewerkschaftlichen Linksblock deutlich hinter



HERBERT TISCHLER
IST SPRECHER VON
WE4YOU-UG.

Erklärung des Wahlergebnisses

Bzw. _____

Gem. der Wahlkundmachung - zu vergebenden Mandate: _____

Wahlberechtigten: 1250

abgegebenen Stimmen: 949 Gültige Stimmzettel: 924 Ungültige Stimmzettel: 25

Die gültigen und ungültigen Stimmen entspricht der Zahl der abgegebenen Stimmen

Wahlergebnis

Stimmen für VPA: 902

Für den VPA ungültige Stimmen: _____

Wahlberechtigte Gruppen:	Liste 1	Liste 2	Liste 3	Liste 4	Liste 5	Liste 6	Liste 7
	FSG	FCG	FA	GLB	PIV/UG	PUM	CSI
abgegebenen Stimmen:	366	395	24	13	117	7	2
Stimmen für den VPA (Schlag VPA):	366	395	24		117		
Mandate:	5	6	0		1		

Summe aus den tatsächlich ungültigen Stimmzetteln (Mängel, Wählerwille nicht und den Fraktionsstimmen die für den V kandidieren (daher für den VPA ungültig)

VPWA ist für Rückfragen bis Freigabe unter Tel.Nr.: _____ erreichbar.

Rückfragen ZWA:
 Koll. Neumann: 0664/624 1217
 Koll. Gebhardt: 0664/624 6454
 Koll. Taschner: 0664/624 1053
 Koll. Schieder: 0664/624 6446
 Koll. König: 0664/624 2737

Rückfragen PWA:



Die PIV/UG war die erste
 Kandidatur einer UG-Liste bei der
 Post AG. Wir gratulieren Peter Gross
 und seinem Team, das zweite
 Mandat wurde um nur vier
 Stimmen verfehlt.

we4you
 UNABHÄNGIGE
 GEWERKSCHAFTER/INNEN

sich gelassen und ist damit auch in der
 Gewerkschaft der Post- und Fernmelde-
 bediensteten die drittstärkste Fraktion.

Das Ergebnis zeigt, daß die blauen
 „Freiheitlichen Arbeitnehmer“ weder in
 der Personalvertretung noch in der
 Gewerkschaft der Post- und Fernmelde-

bediensteten eine Rolle spielen – das
 blaue Programm der Ausländerhetze
 fruchtet hier also gar nix. Danke liebe
 Kolleginnen und Kollegen!

ug-oegb.at

auge.or.at

kiv.at

ugood.at

ug-vida.at

we4you-ug.at

ÜBERSTUNDEN IN ÖSTERREICH

Die Überstunden von unselbstständig Erwerbstätigen werden in Österreich von der Statistik Austria seit 2004 im Zuge der Arbeitskräfteerhebung veröffentlicht. Durchschnittlich leisten demnach knapp 23 Prozent der unselbstständig Beschäftigten Überstunden.

Die Anzahl schwankte in den vergangenen sechs Jahren zwischen 650.000 und 821.000 Personen. Augenscheinlich werden Überstunden als reagibles Unternehmensinstrument eingesetzt, um konjunkturelle Schwankungen auszugleichen.

Die gesamte Anzahl geleisteter Überstunden bewegt sich zwischen 314 und 375 Millionen Arbeitsstunden. Von 2008 auf 2009 verringerte sie sich um 11,6 Prozent auf knapp 314 Millionen Stunden. Zweifellos eine Auswirkung der weltweiten Finanzmarktkrise.

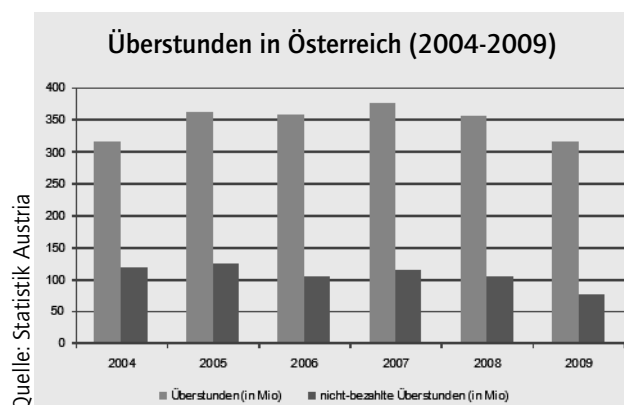
Die Überstundenleistenden machen gut ein Fünftel der unselbstständig Beschäftigten aus. Sie arbeiten im Schnitt zwischen 8,5 und 9,3 Wochenstunden mehr, als sie die gesetzlichen oder kollektivvertraglichen Regelungen verlangen. Legt man die geleisteten Überstunden auf alle unselbstständig Erwerbstätigen um, so arbeitet jede ArbeitnehmerIn zwischen 1,9 und 2,1 Stunden pro Woche mehr.

Es geht aus den Daten nicht hervor, ob es sich bei den Überstundenleistenden um immer dieselben Personen handelt. Es kann jedoch vermutet werden, dass es in einigen Branchen üblich ist, permanent Überstunden zu machen. Aus beschäftigungspolitischer Sicht ist es daher angebracht, diese geleisteten Überstunden in neue Arbeitsplätze umzuwandeln. Viele Menschen könnten dadurch wieder in den Arbeitsprozess integriert werden, wodurch es ihnen ermöglicht wird, die Stigmatisierung als Arbeitslose wieder abzulegen.

Es sei hier an die Forderung der ÖVP-Spitzenkandidatin für Wien, Christine Marek erinnert, die fordert, Menschen, die länger als sechs Monate

Augenscheinlich werden Überstunden eingesetzt, um konjunkturelle Schwankungen auszugleichen.

Von Fritz Schiller.



arbeitslos sind, zur Gemeinschaftsarbeit zu verpflichten (siehe Seite 4).

Es ist schon klar, dass die Überstunden nicht per Gesetz abgeschafft werden können. Sie können nur so verteuert werden, dass deren Kosten zumindest gleich hoch wie die erwarteten Gewinnen sind. Es ist auch klar, dass es in außergewöhnlichen Situationen durchaus sinnvoll ist, Überstunden zu leisten, weil es sich um eine konjunkturelle Nachfrage handelt, die befriedigt werden soll.

Permanente Überstundenarbeit von immer denselben Personen ist aber abzulehnen, da sie zum einen zu langfristigen gesundheitlichen Schädigungen führt und weiters die Menschen von ihrem sozialen Umfeld entfernt.

Schließlich hätte eine zusätzliche Beschäftigung früher Arbeitsloser nicht unwesentliche ökonomische Wirkungen. Einerseits würden Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung entfallen, andererseits würden die neuen Arbeitsplatzbesitzer mit den überwiegenden Teil ihres Erwerbseinkommens konsumieren, was wiederum ein höheres Wirtschaftswachstum ergeben würde. Wären Überstunden 2009 nicht

erlaubt gewesen, so hätten mit dieser Maßnahme über 190.000 Vollzeitarbeitsplätze mit einem durchschnittlichen Gehalt geschaffen werden können. Die offiziell arbeitslos gemeldeten Personen (260.000) hätten sich um fast drei Viertel reduziert. Die 190.000 neu geschaffenen Arbeitsplätze sind in der Tat nur eine reine Rechenübung. Es ist nicht zu erwarten, dass es durch die vollständige Abschaffung der Überstunden zu einer Umschichtung in diesem Ausmaß kommt. Es ist aber wichtig, die Richtung und die Dimension möglicher Veränderungen zu kennen.

Statistik Austria weist neben den geleisteten auch die Anzahl der bezahlten Überstunden pro Jahr aus. Im Durchschnitt (2004-2009) wurden nur knapp 69 Prozent der geleisteten Überstunden bezahlt oder 108 Millionen geleistete Überstunden von den ArbeitgeberInnen an die ArbeitnehmerInnen nicht vergütet.

Dividiert man die nicht-bezahlten Überstunden aus 2009 (77 Millionen) mit den durchschnittlichen Jahresarbeitsstunden (1644 Stunden¹) und multipliziert man diesen Wert mit einem durchschnittlichen jährlichen Bruttogehalt (27.706 Euro²) so ergibt sich ein Betrag von über 1,9 Milliarden Euro³ für 2009. Letztes Jahr wurden die wenigsten nicht-bezahlten Überstunden gezahlt. Obwohl dieser Wert nur eine grobe Schätzung ist, wäre er in den vergangenen Jahren weitaus höher ausgefallen. Dieses Geld wurde den ArbeitnehmerInnen vorenthalten, illegal. Jede geleistete Arbeitsstunde ist zu bezahlen.

¹ Statistik Austria (2010): Arbeitsmarktstatistik 2009, S. 9; eigene Berechnung

² Statistik Austria (2009): Lohnsteuerstatistik 2008; eigene Berechnung

³ Dieser Wert beinhaltet einen 50-prozentigen Überstundenzuschlag.



WIEN IST ANDERS – UND DAS IST GUT SO

Und trotzdem muss sich noch viel ändern, dass alles so bleiben kann, wie es ist. *Rede von Irmgard Slovacsek.*



Gerade im Bereich der zukunfts gesicherten Arbeit mit Kindern in Wien ist es mir ein Anliegen festzuhalten, dass tausende MitarbeiterInnen der Stadt zum Wohle

der uns anvertrauten Kinder arbeiten. Immer wieder kommen wir ins Kreuzfeuer der Kritik unserer Kunden – nach dem bürgerlichen Gesetzbuch sind dies die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten –, da die Werbung in diversen Massenprintmedien oftmals über die Realität hinausphantasiert. Begehrlichkeiten und Wünsche werden geweckt, die in Einzelfällen an bestimmten Standorten wirklich erfüllt werden können – doch mit Sicherheit nicht überall.

Ich freue mich, dass das Thema außerschulische Elementarbildung zu einem so öffentlichen Anliegen geworden ist, dass es täglich zu bunten, platzfüllenden Berichten kommt. Ich setze weiter meine Hoffnung darauf, dass auch nach den Wahlkampfzeiten weiter für diesen Bereich die zusätzlich nötigen Investitionen in die Praxis umgesetzt werden. Es würde für den Anfang schon reichen, die Gelder, die für die plakative Präsentation bis zum Oktober ausgegeben werden, an die MA 10-Standorte zu überweisen.

Damit könnten die visionären Einzelattraktionen, die als gegenwärtiger Allgemein-Ist-Zustand verkauft werden, allmählich zum Standard in *allen* Betreuungseinrichtungen werden. Das müssen uns die vielzitierte Bildung der Kinder und die menschenwürdigen Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen wert sein!

Die heurige Wienwahl stellt uns alle vor eine große Aufgabe. Es darf nicht sein, dass Menschen politisch verantwortlich werden, die Kinder (also unsere Zukunft) auf Grund ihrer Herkunft oder spezieller Bedürfnisse stigmatisieren. Es darf nicht sein, dass Bildung nur noch „Deutsch“ ist. Wir alle, die im Bereich der elementaren Bildung arbeiten, fordern auch weiterhin eine sinnvolle politische Begleitung unserer Forderungen und Anliegen im Sinne der Kinder aber auch der Menschen, welche mit ihnen arbeiten. Zukunft will finanziert sein – nicht nur mit Werbung, sondern mit Mitteln, die zur Qualitätssicherung und zum Ausbau von Bildung in Wien erfolgreich eingesetzt werden.

Verein Wiener Kinder- und Jugendbetreuung:

QUALITÄT HAT IHREN PREIS

Vor allem drei Dinge wurden am 22. September 2010 von einem Pfeif- und Trommelkonzert begleitet, das hoffentlich auch bis ins Rathaus zu hören war:

- die immer belastender werdende Situation für BetreuerInnen und Kinder
- die Tatsache, dass die Tagesbetreuung keine Mehrsubventionen bekommt
- und die Behauptungen von Stadtrat Oxonitsch gegenüber der Presse, dass nicht er (als Hundert-Prozent-Financier) sondern der Verein Ansprechpartner bezüglich der Forderungen wäre und dass die FreizeitbetreuerInnen nicht die

160 BetreuerInnen und solidarische Menschen machten auf die derzeitigen Zustände in der Tagesbetreuung aufmerksam und forderten Verbesserungen.

gleiche Verantwortung tragen würden wie HortpädagogInnen.

Wir lassen nicht locker – gemeinsam müssen wir Verbesserungen erreichen!



Im Rahmen der Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung hat der Fonds Soziales Wien beschlossen, dass wohnungslose Menschen Nachtnotquartiere nur noch zwei Monate kostenlos nutzen dürfen. Danach wird ein „Kostenbeitrag“ von 4 Euro pro Nacht (120 Euro pro Monat) für die Übernachtung eingehoben. Dagegen hat sich die „Initiative für kostenlose Notschlafplätze“ gebildet.

INKONO

Damit wird von der bisherigen Praxis, die Schlafplätze generell kostenlos zur Verfügung zu stellen, abgegangen. Die Nachtnotquartiere dienen zur Überbrückung, bis ein Wohnplatz über das Beratungszentrum Wohnungslosenhilfe (BZWO) vermittelt werden kann. Bereits jetzt müssen Wohnungslose allerdings mehrere Wochen warten, um überhaupt einen Termin im BZWO zu bekommen. Die Verweildauer in den Nachtnotquartieren beträgt je nach individueller Problemlage zwischen sechs und zwölf Monate, teilweise auch länger (zum Beispiel Personen im Substitutionsprogramm).

ExpertInnen aus dem Sozialbereich gehen davon aus, dass zahlreiche Menschen, aufgrund der finanziellen und bürokratischen Hürden vom Hilffssystem der Nachtnotquartiere ausgeschlossen werden. Sozialarbeiterische Unterstützung für wohnungslose Menschen wird massiv erschwert, so dass vermehrt Menschen ohne Unterkunft auf der Straße landen werden. Der hohe administrative und bürokratische Aufwand, der mit der Einhebung des Kostenbeitrags verbunden ist, schränkt sozialarbeiterische Unterstützungsangebote ein. Die dabei entstehenden Verwaltungskosten stehen in keinem Verhältnis zu den zu erwartenden Einnahmen. ExpertInnen befürchten darüber hinaus massive Folgekosten im Sozial- und Gesundheitsbereich, sowie vermehrte Konflikte im öffentlichen Raum.

ARGUMENTE VON INKONO

Ein Schlafplatz in einem Nachtnotquartier ist keine Wohnung, die Nächti-

gung dort ist kein „Wohnen“. In den Wiener Nachtnotquartieren gibt es kein Tagesangebot. Die Unterkünfte müssen bei Tagesbeginn verlassen werden und können erst am Abend wieder betreten werden. In den Nachtnotquartieren müssen Menschen in der Regel in Mehrbettzimmern übernachten, es gibt ausschließlich Gemeinschaftssanitäranlagen – Privatsphäre ist nicht gegeben. Von „Wohnen“ kann also keine Rede sein. In diesem Zusammenhang ist die Einhebung eines Wohnkostenanteils nicht gerechtfertigt.

Die Bezahlung eines „Kostenbeitrags“ für die Notnächtigung stellt für Suchtkranke eine massive Barriere dar. Wohnungslose Menschen, deren Einkommen aufgrund ihrer Suchterkrankung (Spiel-, Drogen-, Alkoholsucht, etc.) bereits aufgebraucht ist, würden wieder verstärkt in ein Leben auf der Straße gedrängt werden.

Wohnungslosigkeit ist mit höheren Kosten für existenzielle Bedürfnisse verbunden. Menschen, die auf der Straße leben, können weder selbst kochen, noch Vorräte halten. Der Mietkostenanteil der Bedarfsorientierten Mindestsicherung wird für diese höheren Kosten aufgewendet werden müssen.

Steigende Obdachlosenzahlen bedeuten Folgekosten für das Gesundheits- und Sozialsystem. Das Leben auf der Straße schädigt die physische und psychische Gesundheit. Durch den zu erwartenden Anstieg an Personen, die auf der Straße nächtigen werden, ist einerseits ein Anstieg der medizinischen Behandlungskosten zu erwarten, andererseits eine Steigerung der sozialen Folgekosten.

Die „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ ist ohnehin nicht Existenzsichernd, sie liegt unter der Armutsgefährdungsschwelle. Der in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung enthaltene Mietanteil muss zur Begründung der Maßnahme herhalten. Ausgeblendet wird dabei, dass die Bedarfsorientierte Mindestsicherung entgegen dem Ursprungsentwurf 12 x und nicht 14 x ausbezahlt wird und damit deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle von 950,- pro Monat liegt (siehe dazu auf der HP von Statistik Austria den Beitrag „Armut und soziale Eingliederung“). Zudem ist der Bezug an Bedingungen geknüpft die gerade für wohnungslose Menschen aus psychischen und/oder physischen Gründen regelmäßig zu Bezugskürzungen und -sperren führen werden.

Daher haben die GründerInnen der Initiative eine Petition unter dem Titel „Nächtigungsgebühr stoppen!“ gegen die Einhebung eines Kostenbeitrages von wohnungslosen Menschen für die Nächtigung in einem Notquartier gestartet und fordern die zuständige Sozialstadträtin Sonja Wehsely und die Verantwortlichen des Fonds Soziales Wien auf, von der Einführung der Gebühren für Nachtnotquartiere Abstand zu nehmen (Petition unter www.ipetitions.com/petition/wohnungslos-unterstuetzen).

AUGE/UG UNTERSTÜTZT

Bei der Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien am 27. Oktober 2010 bringt die AUGÉ/UG nach Absprache



mit INKONO den Antrag „Unterstützung der Initiative für kostenlose Notschlafplätze (INKONO) – Nächtigungsgebühr stoppen!“ ein: *Die 154. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien unterstützt die Forderungen der von MitarbeiterInnen der Wiener Wohnungslosenhilfe gemeinsam mit dem Österreichischen Berufsverband der SozialarbeiterInnen, Landesgruppe Wien, ins Leben gerufenen Initiative für kostenlose Notschlafplätze (INKONO) und fordert die zuständige Sozialstadträtin Sonja Wehsely und die Verantwortlichen des Fonds Soziales Wien (FSW) auf, von der Einführung eines Kostenbeitrages für Nachnotquartiere Abstand zu nehmen.*

Wir sind gespannt, wie sich die ArbeiterkammerrätInnen und GewerkschafterInnen, insbesondere der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen, dazu äußern und in der Abstimmung verhalten werden.

INKONO: AUFRUF ZUR KRÖTENWANDERUNG

Die INKONO hat mit uns gemeinsam zur Krötenwanderung am 1. Oktober 2010 aufgerufen und daran teilgenommen. Denn diese problematische Entwicklung zeigt einmal mehr, dass der Sparstift gerade bei den Schwächsten in unserer Gesellschaft angesetzt wird und die Forderung nach einer Sozialmilliarde und nach dem Erhalt und Ausbau qualitativer Angebote in der

sozialen Arbeit ein dringliches und notwendiges Anliegen ist!

Hier die von den KollegInnen und GründerInnen der Initiative verfasste Grußbotschaft, welche verlesen wurde und zustimmenden Beifall aus der Menge erhielt: *Wir, die InitiatorInnen der Initiative für kostenlose Notschlafplätze, können heute nicht persönlich zu euch sprechen, da wir als MitarbeiterInnen in vom FSW geförderten Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe bei öffentlicher Kritik am Auftraggeber mit Arbeitsplatzverlust zu rechnen haben!*

Nichtsdestotrotz haben wir diese Initiative ins Leben gerufen, um seitens der Basis ein Zeichen des Widerstandes zu setzen und klar zu machen, nicht mehr alles widerspruchslos zu schlucken. Weshalb sich die sozialdemokratische Stadtregierung tatsächlich zu dieser Maßnahme hat hinreißen lassen, bleibt ein Rätsel. Denn die Argumentation, dass Obdachlose seit der Einführung der Mindestsicherung 186 Euro Wohnkostenanteil erhalten und diesen nun für die Nächtigung bezahlen sollen, ist nicht nur sozialer Zynismus sondern auch ökonomischer Schwachsinn!

Es soll auch an dieser Stelle ausdrücklich erwähnt werden: Es handelt sich bei Nächtigungen in Notschlafstellen definitiv nicht um Wohnen! Während die Zahl der Delogierungen steigt und zigttausende Wohnungen in Wien leer stehen, will Sozialstadträtin Wehsely nun jene zur Kasse bitten, die bereits alles verloren haben. Verkauft wird

diese Maßnahme im neoliberalen Rhetorikmäntelchen als „sozialpolitische Steuerung“.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass diese Maßnahme nur eine von vielen Zumutungen darstellt, die in den letzten Monaten geschehen sind, und sie wird nicht die letzte sein! Aus diesem Grund appellieren wir an alle Kolleginnen und Kollegen sich zu organisieren und zu vernetzen und sich mit jenen zu solidarisieren, die auf unsere Unterstützung angewiesen sind!



Die Initiative für kostenlose Notschlafplätze („INKONO“) wurde von MitarbeiterInnen der Wiener Wohnungslosenhilfe gemeinsam mit dem Österreichischen Berufsverband der SozialarbeiterInnen, Landesgruppe Wien, ins Leben gerufen. Unterstützt

wird die Initiative bisher von: Straßenzeitung Augustin, Libertäre Initiative Sozial Arbeiter (LISA), Interessensgemeinschaft GPA-djp work@social, Konsequente Interessenvertretung/Unabhängige GewerkschafterInnen in der GdG – KMSfB, Armutskonferenz, Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO), Aktive Arbeitslose und Netzwerk Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt – BIEN Austria.

Weitere Infos zu INKONO: <http://wohnungslos.wordpress.com/> oder via Facebook: Profil „Wohnungslos Wien“, Gruppe „Nächtigungsgebühr stoppen!“.

In Britannien zahlen die Armen
nicht immer drauf – kleine Kreditkooperativen boomen.

Von Pit Wuhrer.

NEUER BOOM

ER werde gemeinwirtschaftliche Ansätze fördern, versprach einst Premierminister Cameron. Doch kaum im Amt, kassierte sein konservativ-liberales Kabinett alte Zusagen. Den kleinen Kreditkooperativen geschadet hat dies freilich nicht: Sie boomen wie nie zuvor.

Am Eingang geht es munter zu. Drei ältere Männer debattieren über Fussball, eine junge Frau schiebt gerade einen Kinderwagen herein, zwei Frauen blättern in Broschüren, Kinder springen umher – und alle warten, dass sie an die Reihe kommen. „Momentan herrscht hier jeden Tag Hochbetrieb“, sagt Fran Williams, als sie durch die Büros führt, in denen ihre KollegInnen Briefe tippen, Zahlen addieren, Akten abheften und das Telefon bedienen.

Vom unteren Geschoss führt eine Treppe hinauf in eine Halle, die einmal ein Gemeindesaal war und gerade renoviert wird. „Wir sind noch nicht lange hier“, sagt die knapp Vierzigjährige, „und da alle Arbeiten ehrenamtlich erledigt werden, geht es nicht so schnell voran, wie wir das gerne hätten.“ Wird wirklich alles von Freiwilligen erledigt? „Ja“, sagt Williams, „alles.“ Williams ist Darlehensbeauftragte der Park Road Community Credit Union in einem der ärmsten Stadtbezirke von Liverpool.

Seit 21 Jahren gibt es die Spar- und Kreditkooperative, und sie wächst beständig, wie die zweifache Mutter erläutert, die immer freitags da ist. Angefangen habe die Kooperative, die inzwischen über dreitausend Mitglieder zählt, in einem kleinen Zimmer in einem der vielen Reihenhäuser, die sich von den alten, längst aufgegebenen Docks am Mersey bis nach Toxteth hinaufziehen. Dann sei man in ein Bildungszentrum ausgewichen, und als auch dort der Platz nicht mehr reichte,

habe die Kooperative mit den Rücklagen der vergangenen Jahre die alte Church Hall an der Park Road gekauft.

Die Park Road Credit Union basiert wie die vielen anderen Sparvereine in Britannien auf einem einfachen System: Die Mitglieder sparen wöchentlich einen kleinen Betrag (ein Pfund, fünf Pfund, vielleicht auch etwas mehr), den sie entweder bar vorbeibringen, abholen lassen oder per Lastschrift überweisen. Dafür erhalten sie zinsgünstige Kredite und sind an allen wichtigen Entscheidungen beteiligt:

- Sie wählen an den Jahreshauptversammlungen den ehrenamtlichen Vorstand,
- entscheiden über die Verwendung der Einkünfte
- und bestimmen die Politik der Kooperative.

Mitglied kann werden, wer im Quartier wohnt oder arbeitet und eine einmalige Einlage in Höhe von einem Pfund zahlt. Im Grunde genommen sind Credit Unions also Einrichtungen, die die eigentliche Aufgabe des herkömmlichen Bankgeschäfts erledigen: Ersparnis verwalten und Geld verleihen. Aber sie sind noch viel mehr.

KEIN BANKKONTO, KEIN KREDIT

„In sozial benachteiligten Quartieren wie unserem hier leben viele Menschen von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe“, sagt Fran Williams. „Sie haben nie sparen gelernt, und doch haben auch sie Bedürfnisse – ein paar Weihnachtsgeschenke für die Kinder, eine neue Schuluniform, ein Ersatz für die alte Waschmaschine, vielleicht sogar ein paar Tage Ferien.“ Doch woher das Geld nehmen für die zwar kleinen, aber oft unvermeidlichen Ausgaben? In Bri-

tannien haben immer noch über zwei Millionen Erwachsene kein Konto, weil die Banken ein regelmässiges Einkommen oder andere Sicherheiten verlangen; das aber können nicht alle in diesem Teil von Liverpool bieten. „Und so wenden sie sich, wenn sie einen Kinderwagen brauchen, an Geldverleiher, die von Haus zu Haus gehen und Kredite anbieten – für über zweihundert Prozent Zins im Jahr.“

Es war die Wut über diese Beutelschneiderei, die Fran Williams' Mutter dazu brachte, eine Credit Union zu gründen. Ihre Selbsthilfeinitiative funktionierte von Anfang an. Denn deren Mitglieder zahlen für das Geld, das sie aufnehmen, ein Prozent Zins im Monat; also etwas über zwölf Prozent im Jahr. Das ist weniger, als die meisten Banken für Kleinkredite verlangen (durchschnittlich sechzehn Prozent Jahreszins), und weniger, als man für die Überziehung der Kreditkarte zahlt (derzeit siebzehn Prozent).

Vor allem aber wird die Kreditwürdigkeit nicht nach Aktenlage beurteilt. „Wir prüfen jeden Antrag, reden mit den Leuten, lassen uns ihre Lage schildern“, sagt Williams. „Wir wissen ja, wie es ihnen geht. Wir alle haben schon in Geldschwierigkeiten gesteckt.“ Der persönliche Kontakt sei viel wichtiger als hinterlegte Sicherheiten, erläutert die Beraterin und zeigt einen Kreditantrag. Auf dem Blatt sind alle Details vermerkt: Name, Sozialversicherungsnummer, Höhe des gewünschten Darlehens, Rückzahlungsmodalitäten und, in zwei Spalten, die wöchentlichen Einkünfte (Lohn, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, IV-Rente) sowie daneben die wöchentlichen Ausgaben von der Miete bis zur Gasrechnung, von den Fernsehgebühren bis zu den Schulkosten. „Das gehe ich mit dem

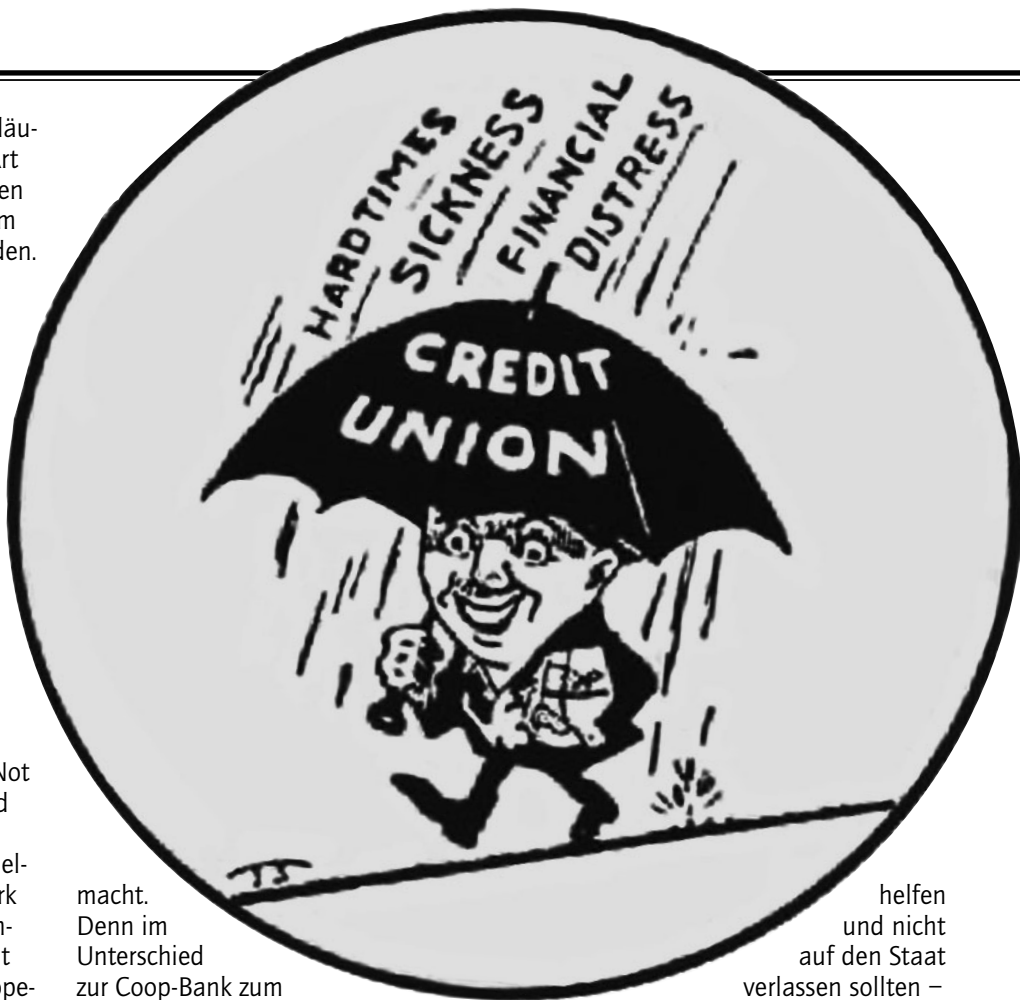
Mitglied Punkt für Punkt durch", erläutert Williams, „und unsere offene Art schafft Vertrauen. Die Leute erzählen uns persönliche Dinge, die sie einem Bankangestellten nie verraten würden. Zum Beispiel, dass sie nicht lesen und schreiben können.“

EIN SONDERFONDS

Natürlich erhält nicht jeder, der die Beitrittsgebühr auf den Tisch legt, sofort einen Kredit. „Drei Monate muss man schon gespart haben, bevor das erste Darlehen genehmigt wird, und das ist in der Regel nicht höher als 250 Pfund“. Nach ordentlicher Rückzahlung des Anfangskredits, kommen auch höhere Beträge in Betracht. Aber es gibt Ausnahmen. Wer in Toxteth wohnt, plötzlich in Not gerät, bisher nicht Mitglied war und daher auch nichts angespart hatte, kann seit 2006 den Sonderfonds Helping Hand (helfende Hand) der Park Road Credit Union in Anspruch nehmen – muss dann aber zwei Prozent Zins im Monat entrichten. „Die Kooperative geht damit ein gewisses Risiko ein“, begründet Williams den doppelten Zinssatz. Aber vergleichsweise sei das immer noch wenig, rechnet sie vor: Ein Helping-Hand-Einjahreskredit von 500 Pfund koste den Kreditnehmer insgesamt 563 Pfund, ein Spontankredit an der Haustüre jedoch 910 Pfund.

BILLIGE DIREKTOREN, KEINE AKTIONÄRE

„Die Park Road Credit Union ist eine gute, weil basisnah geführte Organisation“, sagt Mark Lyonette – was man ja leider nicht von allen Kooperativen behaupten könne. Lyonette ist Generaldirektor der „Association of British Credit Unions“ (ABCUL) und kennt die Genossenschafts-Szene. Immer wieder sei es vorgekommen, dass Kooperativen zu schnell expandiert und den Kontakt zu den Mitgliedern verloren hätten, sagt er in seinem kleinen Büro im Holyoake House im Stadtzentrum von Manchester, wo die Coop-Bank, die Coop-Versicherung und andere Coop-Unternehmen ihren Hauptsitz haben. Die Credit Unions hätten diese Entwicklung – von ein paar Ausnahmen abgesehen – bisher nicht mitge-



macht. Denn im Unterschied zur Coop-Bank zum Beispiel, die ihre Finanzdienstleistungen allen anbietet, orientieren sich die demokratisch strukturierten Credit Unions allein an den Bedürfnissen ihrer Mitglieder.

Schon deswegen hätten die Spar- und Kreditgenossenschaften eine Falle vermeiden können, „in die viele gemeinwirtschaftlichen Unternehmen tappten, die zu gross, zu fett und zu faul wurden“, sagt Lyonette und erinnert an Wohnbaugenossenschaften wie Halifax und Alliance & Leicester oder an die frühere Gemeinschaftsbank Northern Rock, die das Gemeinnützigkeitskonzept ablegten, zu profitorientierten Banken mutierten und in der letzten Krise kollabierten.

Mark Lyonette weiss also um die Gefahren des Wachstums. Die meisten der über 330 Credit Unions, die sein Verband vertritt, sind in den letzten zwanzig Jahren entstanden. Ein paar Arbeitersparvereine gab es schon früher, aber so richtig Fuss gefasst hat das Konzept der gegenseitigen Finanzhilfe in Britannien erst Ende der achtziger Jahre.

„Im Grunde genommen ist es auch keine linke Idee“, sagt er, sondern eine rechte: „Dass sich die Menschen selber

helfen und nicht auf den Staat verlassen sollten – dieser Ansatz entstand im viktorianischen Zeitalter.“ In den USA, in Kanada oder in Irland zum Beispiel sind die Credit Unions im Durchschnitt grösser, aber auch etablierter und seit langem Mainstream. In Nordengland, Wales und vor allem in Schottland hingegen sind sie noch in der Arbeiterbewegung verankert.

KRISENGEWINNLER, KRISENOPFER

„Wir haben einen zentralen Vorteil gegenüber allen anderen Finanzinstitutionen – wir zahlen keine Direktionsgehälter und müssen nicht die Profitinteressen von Aktionären bedienen.“ Und genau dieser ökonomische Aspekt müsse auch künftig im Vordergrund stehen, sagt der ABCUL-Chef: „Er ist wichtiger als die ethische Komponente.“ Wenn eine Credit Union zu viel Profit erwirtschaftet, weil sie Spareinlagen zu niedrig verzinst oder zu hohe Kreditzinsen verlangt, dann arbeite sie ineffizient – „das aber ist nicht im Interesse der Mitglieder, und die springen dann ab.“

Bitte umblättern

In Schwierigkeiten gerieten in den neunziger Jahren vor allem Credit Unions, die von mitfühlenden MittelständlerInnen gegründet worden waren und deren Vorstände sich dann wunderten: Wir sind viel billiger als die privaten Geldverleiher, warum strömen die Bedürftigen nicht zu uns? „Weil der Service miserabel war, das Büro irgendwo abseits lag und nur zwei Stunden in der Woche geöffnet hatte“, sagt Lyonette; der Geldverleiher an der Haustür aber ist stets präsent, zeigt sich bei der Rückzahlung flexibel und lehnt Kreditbegehren nie ab. „Die Kosten sind für die Armen zweitrangig. Sie wissen, dass sie für alles mehr zahlen müssen als andere, das gehört zum Armsein dazu.“

Und die Krisen? „Die Bankenkrise hat uns genützt“, sagt Lyonette, „die Zuwachsraten waren phänomenal, vor allem die grösseren und sichtbaren Credit Unions profitierten davon, weil viele Leute ihre gesamten Guthaben transferierten. Da wir inzwischen streng reguliert sind, ist ihr Geld bei den Credit Unions sicher.“ Die Rezession hingegen habe die kleinen Credit Unions gebeutelt.

„Die letzten zwei Jahre haben uns hart getroffen“, sagt Carol Cosham von der kleinen Trafford United Credit Union. „Viele unserer Mitglieder haben ihren Job verloren und können ihre Kredite nicht zurückzahlen. Früher hatten wir eine Ausfallquote von höchstens zwei Prozent, jetzt sind es sieben. Wir schreiben die Gelder nicht ab, aber wir müssen warten. Wer auf Sozialhilfe angewiesen ist, hat kaum noch Spielraum.“

Und doch ist Cosham, eine ehemalige Bankerin, optimistisch. Ihr Büro befindet sich im Shrewsbury Street Center mitten in Manchesters Arbeiterviertel Old Trafford; etwa 1100 Mitglieder zählt die Kooperative, und jedes Jahr kommen hundert dazu. Besonders am Herzen liegen ihr die 150 Kinder, die jede Woche ihr Sparschwein vorbeibringen. Die vierzig Ehrenamtlichen der Kooperative besuchen regelmässige Schulen und veranstalten Kinderpartys. „Es ist wichtig, dass die Kids mit Geld umgehen lernen“, sagt Cosham, denn immer wieder habe sie es mit AntragstellerInnen zu tun, vor allem allein-erziehenden jungen Müttern, „die keinerlei Gespür für ihre finanziellen Ver-

hältnisse haben, hoch verschuldet sind und mit völlig überzogenen Erwartungen zu mir kommen“.

Manchmal käme sie sich wie eine Grossmutter vor, die unerwünschte Ratschläge erteilt, erzählt die Direktorin, die für ihre Tätigkeit ein kleines Gehalt bezieht – ein Bruchteil dessen, was die Fünfzigjährige früher verdiente. Seit sieben Jahren diene sie nun der Gemeinschaft, sagt sie und strahlt: „Im alten Job würde ich nie wieder arbeiten wollen.“



BESSER ALS EINE BANK

Achthunderttausend Mitglieder, fünfhundertfünfzig Millionen Pfund Einlagen, ein Gesamtkreditvolumen von vierhundertfünfzig Millionen – die rund fünfhundert britischen Credit Unions haben sich in den letzten Jahren zu einer gesellschaftlichen Kraft entwickelt, die auch die Politik nicht mehr ignorieren kann.

Die Spar- und Kreditgenossenschaften (ihre Mitgliederzahlen reichen von hundert bis fünfundzwanzigtausend) basieren alle auf dem gleichen Prinzip, bedienen aber verschiedenes Klientel. Es gibt gewerkschaftliche Credit Unions, die allein den Gewerkschaftsmitgliedern vorbehalten sind; arbeitsplatz-

orientierte Kooperativen für die Beschäftigten von Grossunternehmen (wie British Airways) oder staatliche Behörden (beispielsweise die Post und die Polizei) und quartierbezogene Genossenschaften, denen alle beitreten können, die in der Stadt- oder Kirchengemeinde leben oder arbeiten.

Die Credit Unions sind zwar auf Geschäftsbanken angewiesen (sie wickeln, weil sie keine eigenen Tresore haben, den Geldverkehr in der Regel über eine Bankfiliale im Quartier ab), verstehen sich jedoch als Alternative: „Wir sind keine Bank, wir sind besser“, heisst der Werbespruch der Riverside Credit Union im Süden von Liverpool.

IN DEN LETZTEN JAHREN

haben eine Reihe von Gesetzesänderungen die Credit-Union-Bewegung gestärkt: Die von Labour gegründete Finanzmarktaufsichtsbehörde FSA reguliert seit 2002 auch die Credit Unions und kontrolliert ihre Bilanzen; dafür garantiert die Regierung auch bei einer Insolvenz die Guthaben. Eine weitreichende Reform war für diesen August vorgesehen: Credit Unions sollten nicht nur Einzelmitglieder, sondern auch Kleinbetriebe aufnehmen und eine Verzinsung der Spareinlagen zusagen können.

Doch dieses Vorhaben liegt seit dem Regierungswechsel auf Eis. Bereits kassiert hat das konservativ-liberale Kabinett einen weiteren Labour-Plan: Im Juli sollte das Sparförderprogramm Saving Gateway umgesetzt werden. Es versprach KleinsparerInnen in Credit Unions einen kleinen Zuschuss. Das dafür vorgesehene Geld in Höhe von ein paar Millionen könne sich der Staat nicht leisten, verkündete der konservative Schatzkanzler George Osborne im Juni 2010.

Aus: Wochenzeitung (WOZ) vom 26. August 2010; www.woz.ch. Die WOZ-Serie „Wirtschaft zum Glück“ stellt seit Frühjahr 2009 nachhaltige Produktions- und Eigentumsformen, neue Ideen für eine neue Ökonomie und ökologisch sinnvolle Projekte vor.

Frankreich

WIDERSTAND AUS ALLEN SCHICHTEN

Die französische Regierung glaubte den Sieg in der Auseinandersetzung über die Rentenreform schon in der Tasche zu haben. Nachdem die rechte Mehrheit in der Nationalversammlung der Erhöhung des Rentenalters und der Verlängerung der für eine Vollrente erforderlichen Beitragsjahre zugestimmt hat, zeichnet sich auch eine Zustimmung im Senat ab.

Unisono haben Präsident Nicolas Sarkozy, Premierminister François Fillon und Arbeitsminister Eric Woerth erklärt, es werde trotz Streiks und Demonstrationen keine weiteren Zugeständnisse mehr geben. Ihre Selbstsicherheit oder gar Siegesfreude ist allerdings gespielt.

Denn die Proteste flauten keineswegs ab. Nach den Gewerkschaften und Linksparteien sind es jetzt vor allem die Mittelschüler, die sich mit eigenen Aktionen dem Widerstand gegen die Rentenreform anschließen. Die Vorbereitung läuft via Facebook, per SMS werden MitschülerInnen zu Streiks und Blockaden aufgerufen.

So werden vor dem Unterrichtsbeginn Zugänge zu mehreren hundert Schulen der Oberstufe blockiert. In zahlreichen Städten fanden Kundgebungen mit oft mehreren tausend TeilnehmerInnen statt. Sie endeten manchmal mit gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei, die Tränengasgranaten und

Während der Treibstoff an den Tankstellen knapp wird, verfügt die Protestbewegung gegen die Rentenreform über nahezu unbegrenzte Reserven.

Von Rudolf Balmer.

Gummigeschosse einsetzte. Im Pariser Vorort Montreuil traf ein solches „Flashball“-Geschoss einen 16-Jährigen am Kopf, er musste mit schweren Gesichtsverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Der Polizeipräfekt ordnete daraufhin an, bis auf weiteres dürfe diese Munition nicht mehr verwendet werden.

Die beiden Organisationen der Mittelschüler verwehrten sich gegen die Äußerungen mehrerer Regierungsvertreter, welche die Jugendlichen vor der „Gefahr“ des Demonstrierens gewarnt und die politische Linke bezichtigt hatten, die Schuljugend zu manipulieren oder zu instrumentalisieren. „Wir sind weder Babys noch Marionetten“, riefen am Freitag einige hundert Jugendliche unweit des Regierungspalasts Matignon. „Wir haben nicht nur die nächste Party im Kopf, wir denken auch über Themen wie Rente oder Arbeit nach,

die uns angehen“, sagte eine 17-jährige Mittelschülerin.

Die Welle der Proteste zeigt inzwischen Wirkung. Die Treibstoffproduktion in den zwölf Erdölraffinerien ist durch Streiks zum Erliegen gekommen. Zudem sind die Tore mehrerer Treibstoffdepots von Streikposten blockiert. Die Polizei räumte gestern ohne Zwischenfall vier solche Straßensperren, gleichzeitig wurden jedoch anderswo neue errichtet. Der Treibstoff wird knapp, vor allem auch, weil aufgrund von Streikaktionen in den Häfen von Marseille und Le Havre der Nachschub ausbleibt. In Marseille können seit mehr als zwei Wochen wegen eines Protests der Docker gegen eine Reorganisation ihrer Aktivitäten keine Frachtschiffe und Tanker mehr anlegen.

Zahlreiche Zapfsäulen an Tankstellen sind bereits leer, wegen Hamsterkäufen ist die Nachfrage doppelt so groß wie sonst. Die Regierung muss laut eigenen Angaben seit Donnerstag auf ihre Reserven zurückgreifen, um schlimmere Engpässe zu vermeiden.

Die Gewerkschaften der Lastwagenfahrer haben sich der Bewegung angeschlossen und drohen der Regierung mit einem Chaos im Straßenverkehr. Im Anschluss an Massendemonstrationen in 250 Städten haben die Gewerkschaftszentralen neue Streiks angekündigt, falls die Regierung nicht endlich zu Verhandlungen bereit sei.

Aus: tageszeitung (taz) vom 16. Oktober 2010; www.taz.de.



ZIEL: VOLKSENTSCHEID

In Stuttgart protestiert ein breites Bündnis von Bürgern gegen das Verkehrsprojekt „Stuttgart 21“.

Es ist eines der teuersten Bahnprojekte aller Zeiten in Deutschland: Der Kopfbahnhof der Stadt soll durch einen unterirdischen Durchgangsbahnhof ersetzt werden, aus jetzt 17 Gleisen würden dann acht. Die Zufahrtsgleise sollen in 33 Kilometer langen Tunnels und neuer Streckenführung ebenfalls unter die Erde. Wo jetzt noch Schienen liegen, sollen künftig Wohn- und Gewerbebauten entstehen.

Kostenpunkt für den Umbau: 4,1 Milliarden Euro – sagen die Bauherren. Zudem ist für offiziell 2,9 Milliarden Euro eine ICE-Trasse

nach Ulm geplant, auch hier prognostizieren unabhängige Bahnexperten wesentlich höhere Kosten. „Das neue Herz Europas“ nennt die Bahn das Projekt im Netz, die Gegner haben mit Kopfbahnhof 21 ihre eigenen Pläne.

Montags und freitags demonstrieren in Stuttgart derzeit Zehntausende für den Erhalt des alten Bahnhofsgebäudes. Das politische Ziel der Protestler: Volksentscheid.

Aus: tageszeitung (taz) vom 16. Oktober 2010; www.taz.de.

Falscher Zug aus Brüssel

Die EU-Kommission ergreift Partei für die Befürworter des Projekts „Stuttgart 21“.

Kommentar von Ingo Arzt.

Anders lässt sich die Aussage von EU-Verkehrskommissar Siim Kallas nicht interpretieren. „Allergrößten Wert“ lege man auf den Bau der Zug-Magistrale von Paris nach Bratislava – und dazu gehöre Stuttgart 21.

Das sagt Kommissar Kallas auf der Höhe der Debatte, mitten in die Schlichtungsgespräche hinein; und wenn der Mann politisch nicht gänzlich naiv ist, weiß er um die Wirkung. Die Stuttgarter, so lautet die argumentative Vorlage, sind Antieuropäer, wenn sie sich gegen den Bahnhof wehren.

Es ist die nächste Ebene im Machtspiel. Erst sagt Ministerpräsident Stefan Mappus, Stuttgart 21 sei für Baden-Württemberg unabdingbar, dann zoomt Angela Merkel die Notwendigkeit auf Deutschland hinauf und nun also die Europäische Union. Das Fatale daran: Die BürgerInnen, die sich gegen das Projekt wenden, wehren sich auch gegen von oben diktierte Großprojekte. Genau das Gefühl verstärkt Kallas: Hier sind höhere Ziele im Spiel, also gehorcht gefälligst.

Dabei geht es um mehr als um Emotionen. Eben wegen der Taktik, oben zu entscheiden und unten die BürgerInnen das Ergebnis fressen zu lassen, stocken überall in der EU Infrastrukturprojekte. Einige sind dringend notwendig, etwa der Ausbau der grenzüberschreitenden Stromnetze, um den Kontinent mit regenerativen Energien zu versorgen.

Der Umbau kann nur schnell genug gelingen, wenn die Menschen vor Ort mitentscheiden können. Das ist in Stuttgart all die Jahre versäumt worden.

Wenn sich Kallas jetzt plump in eine Debatte einmischt, die genau diese Fehler korrigieren will, dann zeigt das vor allem eins: In Brüssel mangelt es an Gespür und Konzepten, wie der Umbau des Kontinents mit den BürgerInnen und nicht an ihnen vorbei geschehen kann.

